



30 Jahre „Lambsdorff-Papier“

Texte und Dokumente zum „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (9. September 1982)

Gérard Böenkamp/Detmar Doering/
Jürgen Frölich/Ewald Grothe (Hrsg.)

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
und Archiv des Liberalismus der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Tel.: 03 31.70 19-2 10

Fax: 03 31.70 19-2 16

libinst@freiheit.org

www.freiheit.org

Titelbild

Autogrammkarte von Otto Graf Lambsdorff (um 1980)

Archiv des Liberalismus, Gummersbach, F1-438

Fotonachweis S. 11

J. H. Darchinger

(Archiv des Liberalismus, Audiovisuelles Sammlungsgut, FD-331b)

Produktion

COMDOK GmbH

Büro Berlin

1. Auflage 2012

30 JAHRE „LAMBSDORFF-PAPIER“

Texte und Dokumente zum „Konzept für eine
Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche
und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“
(9. September 1982)

Gérard Bökenkamp/Detmar Doering/
Jürgen Frölich/Ewald Grothe (Hrsg.)

Inhalt

Vorwort Dr. Wolfgang Gerhardt MdB	5
Das „Lambsdorff-Papier“ – entscheidende Wendemarke in der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Gérard Bökenkamp und Jürgen Frölich	7
Das „Manifest der Marktwirtschaft“ – weiterhin aktuell Patrick Döring MdB	14
Lebenslauf Otto Graf Lambsdorff	19
Dokumente	20

Vorwort

Eigentlich lautete der Titel: „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Die Sperrigkeit des Titels, der so gar nicht dem modernen PR-Deutsch entspricht, behinderte weder die unmittelbare noch die langfristige Wirkung dieses Papiers, das sowieso recht schnell von Medien und Volksmund die passende sprachliche Bezeichnung verliehen bekam: das „Lambsdorff-Papier“.

Vor nunmehr 30 Jahren, am 9. September 1982, hatte der damalige Bundeswirtschaftsminister das im Auftrag von Bundeskanzler Helmut Schmidt erarbeitete Grundsatzpapier über den zukünftigen Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik der Öffentlichkeit vorgestellt. Zwei Tage zuvor war das Papier vorab intern in der Bundestagsfraktion der FDP diskutiert worden, deren Protokoll wir in diesem Band erstmals öffentlich zugänglich machen. Lambsdorffs Ideen waren so, wie es jeder, der ihn kannte, erwartet hatte: Geradlinig und klar durchdacht. Der Stagnation, der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung – den Grundproblemen, unter denen die deutsche Wirtschaft seit Mitte der 70er Jahre zunehmend litt – rückte Graf Lambsdorff mit einer klaren ordnungspolitischen Vision zu Leibe. Deren Eckpfeiler waren die Stärkung der Marktwirtschaft gegenüber der Staatswirtschaft, eine solide Haushaltspolitik, die Beschränkung der Staatsausgaben auf investive Ausgaben und die Reform der sozialen Sicherungssysteme hin zu mehr Eigeninitiative und langfristiger Tragfähigkeit.

Schon in der FDP-Fraktion gab es um das Papier, wie nun nachzulesen ist, eine kontroverse Diskussion. Als es dann veröffentlicht war, sorgte es im gesamten politischen und medialen Betrieb des Landes geradezu für einen Stimmungsaufbruch. Der Koalitionspartner SPD wollte die zum Teil bittere, aber letztlich für den Wohlstand unseres Landes notwendige Medizin nicht schlucken. Die SPD betrachtete es als „Scheidungspapier“. So gehörte denn zu den unmittelbaren Wirkungen die Entstehung der Koalition CDU/CSU/FDP, die sogenannte „Wende“ vom 1. Oktober 1982.

Wenn man nach 30 Jahren des „Lambsdorff-Papiers“ immer noch gedenkt, dann tut man es aber wohl nicht wegen der unmittelbaren, sondern wegen der langfristigen Wirkung, die es hatte. Es ist bis heute die Blaupause für jedes echte Reformprojekt in Deutschland geblieben. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung braucht immer wieder Erneuerung. Eine solche Erneuerung benötigen wir heute im Zeitalter der europäischen Wachstums- und Schuldenkrise. Die erreicht man aber nicht durch Anbiederung an den Zeitgeist. Wir Deutschen neigen oft

dazu, Sicherheit und Besitzstand vor Freiheit, Eigeninitiative und Marktwirtschaft zu setzen. Deshalb muss man auch heute noch dem intellektuellen Mut Graf Lambsdorffs Respekt zollen, der mit seinem „Papier“ nicht den bequemen Weg gegangen war, sondern der unbeirrt das tat, was im langfristigen Sinne dem Wohl der Menschen diene.

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB
Vorsitzender des Vorstands der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Berlin, September 2012

Das „Lambsdorff-Papier“ – entscheidende Wendemarke in der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Gérard Bökenkamp (Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) und Jürgen Frölich (Archiv des Liberalismus)

Das „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ von 1982, bekannt geworden als sogenanntes „Lambsdorff-Papier“, wird oft als das Scheidungspapier der sozial-liberalen Koalition gesehen. Das ist aber allenfalls die halbe Wahrheit und macht sicherlich auch nicht den wichtigsten Bestandteil in der Bedeutung aus, den das Lambsdorff-Papier für die Entwicklung der Bundesrepublik gehabt hat. Denn mit ihm verbindet sich eine tiefgreifende Wende nicht nur in der deutschen Wirtschaftspolitik, sondern in den Leitvorstellungen von gesellschaftlichem Fortschritt überhaupt.

Zutreffend ist natürlich, dass mit diesem Konzept ein Konflikt vollends zum Ausbruch kam, der quasi von Beginn an in der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Liberalen geschwelt hatte. Die sozial-liberale Koalition auf Bundesebene war dadurch möglich geworden, dass die SPD sich mit dem Godesberger Parteitag des Jahres 1959 von marxistischen Positionen getrennt hatte und mit ihrem Wirtschaftsminister Karl Schiller auf einen eindeutig marktwirtschaftlichen Kurs eingeschwenkt war. Fast gleichzeitig hatte sich mit dem Bau der Berliner Mauer gezeigt, dass Adenauers Westbindungspolitik zwar erfolgreich war, aber die Wiedervereinigung in weite Ferne gerückt war und die zwei Teile der deutschen Nation sich immer weiter voneinander entfernten. Sowohl in der SPD als auch in der FDP zog man daraus die Schlussfolgerung, dass eine neue Ost- und Deutschlandpolitik notwendig war. Vor allem außen- und deutschlandpolitische Gemeinsamkeiten, dazu manche Felder in der Gesellschaftspolitik wurden zum Fundament für die Koalition aus SPD und FDP, die 1969 die Vorherrschaft der CDU/CSU im Bund beendete.

Nach harten Auseinandersetzungen um die neue Ost- und Entspannungspolitik wurde diese Koalition mit dem beiderseitig guten Abschneiden bei den Bundestagswahlen von 1972 stabilisiert. Mit dem Erfolg in der Außenpolitik rückten aber andere Politikfelder, besonders die Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker in den Vordergrund – also genau die Felder, auf denen die Gemeinsamkeiten von SPD und FDP weit weniger deutlich waren. Bereits unmittelbar nach dem

Höhepunkt von 1972 zeichneten sich Spannungen innerhalb der Koalition ab, die ein politisches Spektrum abdeckte, das vom Wirtschaftsflügel der FDP bis zu den linken Jungsozialisten reichte.

Diese Kontroversen mussten sich zwangsläufig verschärfen, nachdem 1973 der langanhaltende Wirtschaftsboom endete, der die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik gekennzeichnet hatte. Nach dem durch die erste Ölpreiskrise ausgelösten Ende der Vollbeschäftigung waren die Zeiten, in denen die Sozialpolitik aus dem Vollen schöpfen konnte, vorbei. Bereits für 1975 wurde für den Bundeshaushalt ein nie da gewesenes Defizit von 23 Milliarden D-Mark vorausgesagt. Otto Graf Lambsdorff gehörte zu den ersten, die die langfristigen Folgen dieser Politik erkannten und eine straffere Haushaltsführung und Einsparungen anmahnten.

Auf dem Bundesparteitag im November 1977 beschlossen die Delegierten unter seiner Führung mit den Kieler Thesen eine Rückbesinnung der FDP auf eine klassisch liberale Wirtschaftspolitik, die den neuen wirtschaftspolitischen Gegebenheiten nach dem Ende des „Wirtschaftswunders“ erstmals Rechnung trug. Obwohl damit zwar die Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftspolitik zwischen den Liberalen und der christdemokratischen Opposition wuchsen, setzte man die sozial-liberale Koalition vor allem aus außenpolitischen Gründen weiter fort, zumal die CDU/CSU 1980 ausgerechnet mit Franz-Josef Strauß als Kanzlerkandidaten aufwartete.

Bald nach den Bundestagswahlen im Oktober 1980, die die Koalition durch den Anti-Strauß-Effekt gut überstanden hatte, spitzte sich jedoch die haushaltspolitische Lage zu. Im Jahr 1980 hatte die Neuverschuldung schon bei für die damalige Zeit beträchtlichen 24,2 Mrd. D-Mark gelegen, im darauf folgenden Jahr stieg das Defizit auf fast 34 Mrd. D-Mark und damit um 6 Mrd. D-Mark mehr als vorgesehen an. Zugleich wuchs die Zahl der Arbeitslosen um 32 % und machte Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit von 11,5 Mrd. D-Mark nötig. Selbst die ZEIT schrieb: „Wir leben am Ende der Sorglosigkeit und Sorgenlosigkeit, in dem es als unumstößliche Wahrheit galt, dass es immer nur vorwärts gehen werde, niemals wieder rückwärts oder einfach nur weiter auf der Stelle.“ Im Mai sah sie „Bonn vor dem Staatsbankrott“ stehen.

Viele Liberale, allen voran der seit 1977 amtierende Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, waren keineswegs bereit, diese hauptsächlich durch die zweite Ölpreiskrise bewirkte Entwicklung einfach hinzunehmen. Sie brachten die Regierung der sozial-liberalen Koalition dazu, bereits für 1982 Sparmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus wurde jedoch auf dem Kölner

FDP-Parteitag im Frühjahr 1981 dem Koalitionspartner signalisiert, dass wahrscheinlich größere Änderungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik von Nöten seien, um den wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. In die gleiche Kerbe hieb der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher einige Monate später mit seinem berühmten „Wende-Brief“ an die Mitglieder seiner Partei, in dem er feststellte, „jetzt geht es darum, die Weichen deutlich auf mehr Selbstverantwortung, auf Leistung und Selbstbestimmung zu stellen, dass heißt eben auf mehr Freiheit.“ Genscher ließ bewusst offen, ob diese notwendige „Wende“ mit den Sozialdemokraten oder nur in einer neuen politischen Koalition vollzogen werden konnte.

Doch diese liberalen Signale wurden in der öffentlichen Diskussion zunächst von der Debatte um die Nato-Nachrüstung überlagert bzw. verdeckt. Aber auch hier wuchsen nun die Spannungen, indem immer mehr Sozialdemokraten Signale zum Abrücken vom sogenannten „Nato-Doppelbeschluss“ aussandten, den das nordatlantische Verteidigungsbündnis auf Initiative von Bundeskanzler Schmidt 1979 gefasst hatte und der zur außenpolitischen Grundlage der Regierung Schmidt-Genscher geworden war. Unter anderem um zumindest in der Außenpolitik die schwankenden Reihen hinter sich wieder zu festigen, ließ es die SPD-Führung auf dem Parteitag im April 1982 zu, dass im Gegenzug ein klassisches sozialdemokratisches Programm für die Wirtschafts- und Sozialpolitik verabschiedet wurde, welches umfangreiche Steuererhöhungen bis hin zu einer Vermögensabgabe vorsah. Darüber, wie die sich verschärfende Wirtschaftskrise – die Arbeitslosenzahlen stiegen 1982 nochmals um fast 50% und verdoppelten sich damit verglichen mit 1980, das Haushaltsdefizit stieg auf über 30 Mrd. D-Mark – zu bekämpfen sei, bestand zwischen den Koalitionsparteien absolut keine Einigung mehr: Während die FDP weitere Ausgabenkürzungen verlangte, erklärte der SPD-Bundesfinanzminister Hans Matthöfer, weitere Sparoperationen seien „weder möglich noch nötig“.

Vor diesem wirtschaftlichen und parteipolitischen Hintergrund hatte der Bundeswirtschaftsminister mit Duldung des FDP-Vorsitzenden in seinem Hause begonnen, ein Gesamtkonzept auszuarbeiten, mit dem er die wirtschaftlichen Probleme auf liberaler Grundlage dauerhaft in den Griff bekommen wollte. Zugearbeitet haben ihm dabei sein Staatssekretär Otto Schlecht sowie Hans Tietmeyer, damals Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, später selbst Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Bundesbankpräsident. Dabei wurde nicht nur auf klassisches liberales Gedankengut zurückgegriffen, sondern auch auf die Diskussionen und Erfahrungen im angelsächsischen Raum, wo Margret Thatcher und Ronald Reagan als Regierungschefs bereits jeweils einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs eingeleitet hatten.

Angesichts dieser Vorbereitungen war es dann auch nicht erstaunlich, dass der Wirtschaftsminister schnell liefern konnte, als ihn der Bundeskanzler Ende August 1982 aufforderte, seine Kritik an den sozialdemokratischen Vorstellungen mit einem eigenen Konzept zu untermauern. Bereits anderthalb Wochen später legte Graf Lambsdorff zum Erstaunen Schmidts und nicht nur zur Freude der eigenen Parteifreunde ein entsprechendes Papier vor. Es drehte sich, wie der Wirtschaftsminister kurz danach vor der FDP-Fraktion ausführte, um vier „Aktionsfelder“:

- Konsolidierung des Haushalts
- Anreize zu arbeitsplatzfördernden Investitionen
- Eindämmung der explodierenden Sozialstaatskosten
- Deregulierung im Inneren und nach Außen.

Zur Erreichung dieser Ziele wurde ein Bündel an zukunftsweisenden Maßnahmen vorgeschlagen, die wie die steuerliche Entlastung dann später von der neuen christlich-liberalen Koalition und nochmals später von der rot-grünen Koalition durchgeführt wurden oder wie die Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf ein Jahr überhaupt erst von der „Agenda 2010“ unter Kanzler Gerhard Schröder in Angriff genommen wurde.

Obwohl das Papier im Grunde einen echten Gegenentwurf aus liberalem Geist zu den sozialdemokratischen Vorstellungen darstellte, war die Aufnahme unter den Liberalen alles anders als einhellige Zustimmung und zwar nicht nur bei denen, die ganz im Sinne des berühmten Diktums von Werner Maihofer die sozial-liberale Koalition als ein „historisches Bündnis“ zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse ansahen. Auch solche Freidemokraten, die der Zukunft der SPD-FDP-Koalition skeptisch gegenüberstanden, schreckten vor den politischen Konsequenzen des Lambsdorff-Papiers zurück, da es natürlich die Grundfesten der amtierenden Regierung unterminieren musste, zumal der Koalitionspartner inzwischen unter großen Druck von Gewerkschaftsseite stand, die jegliche Zustimmung an die Arbeitnehmer und Empfänger sozialer Wohltaten kategorisch ablehnte und stattdessen die „Reichen“ zur Kasse bitten wollte. Viele Freidemokraten hätten es deswegen am liebsten gesehen, wenn das Lambsdorff-Papier fortan als regierungsamtliche Verschlussache behandelt worden wäre. Schnell jedoch gelangte das Konzept an die Öffentlichkeit und wurde Teil des öffentlichen Diskurses, auch zwischen den Koalitionspartnern.

Helmut Schmidt, auf dessen Initiative es ja zu einer Regierungsangelegenheit geworden war, suchte den Schulterchluss mit seiner eigenen Partei und nahm die Ausarbeitung des Wirtschaftsministers zum Anlass, der FDP die Schuld am Scheitern der Koalition zuzuschreiben und damit die eigentlichen Ursachen für das Auseinanderbrechen seiner Regierung, nämlich diametral gegenüber stehende Grundsätze für die Überwindung der Wirtschaftskrise einerseits und zunehmender Dissens in der Außenpolitik andererseits, wider besseres Wissen zu verleugnen. Gut eine Woche nach Bekanntwerden des Lambsdorff-Papiers traten die FDP-Bundesminister zurück, drei Wochen später wurde der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl an der Spitze einer CDU-FDP-Koalition mittels konstruktivem Misstrauensvotum zum Bundeskanzler gewählt.



Helmut Schmidt verabschiedet sich nach der Überreichung der Entlassungsurkunde durch Bundespräsident Carstens mit Handschlag von Lambsdorff und Genscher (17.9.1982)

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik nahm die neue Regierung vieles, aber längst nicht alles aus dem Konzept auf. Der neue Wirtschaftsminister, der wiederum Graf Lambsdorff hieß, konnte also Teile seiner Überlegungen umsetzen. Somit hatte das Lambsdorff-Papier erheblichen Anteil an der bald einsetzenden wirtschaftlichen Erholung: Nach einem Rückgang 1982 stieg das wirtschaftliche Wachstum bis zum Ende der 1980er Jahre wieder auf fast vier Prozent, die Inflationsrate und auch – trotz Steuererleichterungen – das Haushaltsdefizit gingen merklich zurück. Weniger deutlich zu erkennen war die Reduzierung der Erwerbslosigkeit von 2,2 Millionen 1983 auf 1,9 Millionen 1990, wobei aber gleichzeitig eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das waren zweifellos greifbare Erfolge eines liberalen Kurses in der Wirtschaftspolitik, die überhaupt erst die Voraussetzungen dafür lieferten, dass die Bundesrepublik dann das unerwartete Geschenk der Wiedervereinigung in Angriff nehmen konnte. Die Folgen dieser Wiedervereinigung brachten jedoch noch weit größere Herausforderungen an die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit sich als vorher die Ölpreiskrisen. Und es sollte sich mittelfristig als eher nachteilig herausstellen, dass im Zuge der Wiedervereinigung etliche Grundsätze des Lambsdorff-Papiers, deren Berechtigung sich in den 1980er Jahre klar erwiesen hatte, beiseite gedrängt wurden, gerade in Bezug auf die Finanzierung der „Einheits-Kosten“.

Das Lambsdorff-Papier war somit sicherlich der Schlussstein eines Entfremdungsprozesses zwischen den bisherigen Koalitionsparteien. Die sozial-liberale Koalition hatte in der Ost- und Deutschlandpolitik und vielen Bereichen der Gesellschaftspolitik neue Wege beschritten. Die sozial-liberale Koalition ist allerdings nicht am Lambsdorff-Papier und an einem „Verrat“ der FDP gescheitert, wie Helmut Schmidt und viele mit ihm suggeriert haben, sondern daran, dass die inneren Widersprüche nicht mehr überbrückbar gewesen sind. Eine Fortsetzung der Konsolidierungspolitik war notwendig, doch Helmut Schmidt konnte diese gegen seine eigene Partei und gegen seine engen Verbündeten, die Gewerkschaften, nicht mehr durchsetzen. Das Lambsdorff-Papier war daher der Anlass und nicht die Ursache für den Bruch der sozial-liberalen Koalition. Weit mehr kann man es als Grundlage für die erste Phase der Ära Kohl sehen.

Wichtiger noch aber ist: Mit dem „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ begann eine tiefgreifende und langanhaltende Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik, in der nicht nur mit den seit den 1960er Jahren vorherrschenden keynesianischen Konzepten gebrochen wurde, sondern mit der auch ein neues; resp. aus liberaler Sicht altes Konzept zum Verhältnis zwischen Staat und Individuum (wieder) zum Durchbruch kam. Insofern kann man das Lambsdorff-Papier sowohl als

„klassisch liberal“ oder auch als „neoliberal“ bezeichnen, ohne ihm Unrecht zu tun. Dieses Papier übte – zeitweise – nicht allein großen Einfluss auf die 1982 von FDP und Union beschlossene Koalition aus, sondern auch später auf die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder, man denke nur an die „Agenda 2010“. Insofern stellte das Lambsdorff-Papier einen großen und bedeutsamen liberalen Beitrag zur Entwicklung der Bundesrepublik dar, der heute noch unter anderen Vorzeichen erhebliche Aktualität beanspruchen darf.

Das „Manifest der Marktwirtschaft“ – weiterhin aktuell

Patrick Döring MdB
(Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei)

Als im September 1982 das „Manifest der Marktwirtschaft“ des damaligen Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff das Licht der Öffentlichkeit erblickte, löste es einen Sturm der Entrüstung aus. Für Sozialdemokraten und Gewerkschaften war das Papier eine Provokation. Klaus Bölling, Regierungssprecher unter Kanzler Helmut Schmidt, kolportierte sogar später aus dem Kanzleramt, das Papier sei dort einmütig als Kampfansage an die Kanzlerpartei aufgefasst worden.

In einer politischen Lage, in der die sozialliberale Koalition kurz vor dem Bruch stand, war es wohl unvermeidlich, dass das „Manifest der Marktwirtschaft“ in erster Linie politisch gedeutet wurde: Von den einen als Zeichen der zunehmenden Entfremdung zwischen FDP und SPD; von anderen, in einer machiavellistischen Interpretation, als politisches Hilfsmittel marktwirtschaftlicher Liberaler um Otto Graf Lambsdorff, die vorgeblich bewusst den Bruch der Koalition betreiben wollten.

Dieser tagespolitisch aufgeladenen Atmosphäre ist es geschuldet, dass das „Manifest“ heute oftmals nur als „das Wendepapier“ oder auch „Scheidungspapier“ der sozial-liberalen Koalition bezeichnet wird. Das greift allerdings zu kurz – und es verschleiert die zahlreichen tiefer gehenden Konflikte in der Koalition und die Folgen der inneren Zerrissenheit der SPD vor allem in außenpolitischen Fragen (NATO-Doppelbeschluss), die in ihren Auswirkungen auf die Stabilität der Koalition weitaus gravierender und nachhaltiger waren.

Die eigentliche Bedeutung des „Manifests“ lag und liegt nicht in seinen Wirkungen auf die tagespolitischen Ranküne des Jahres 1982. Es ist vielmehr über den Tag hinaus vor allem Dokument und Zeugnis einer anderen politischen Wende: Der Rück- und Hinwendung der deutschen Wirtschaftspolitik zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. In diesem Sinne war das „Manifest“ tatsächlich ein Wendepapier – oder, im Sinne Walter Euckens, Dokument einer beginnenden Tendenzwende.

Die Wirtschaftspolitik stand zu Beginn der 80er Jahre noch ganz im Banne einer keynesianisch inspirierten wirtschaftspolitischen Globalsteuerung. Bereits 1967 unter der Großen Koalition wurde dem Staat im sogenannten „Stabilitätsgesetz“ die Aufgabe zugewiesen, durch konjunkturpolitische Maßnahmen – das hieß insbesondere: umfangreiche Konjunkturprogramme in Krisenzeiten – ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erhalten. Ganz in diesem Sinne hatte die Regierung Schmidt versucht, dem wirtschaftlichen Abschwung entgegen zu wirken, der Deutschland nach Beginn der zweiten Ölkrise in die bis dahin schwerste wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit gestürzt hatte: Zwischen 1979 und 1982 hatte sich die Arbeitslosigkeit nahezu verdoppelt und das Wirtschaftswachstum brach trotz massiver staatlicher Intervention und insgesamt neun Konjunkturprogrammen weiter ein – während zugleich die Staatsverschuldung ungewohnt stark zunahm und die Inflation in Folge der massiven Geldausweitung auf zwischenzeitlich über sechs Prozent anstieg.

In dieser Situation war Bundeskanzler Schmidt – ob aus mangelnder Einsicht oder aufgrund fehlender Durchsetzungsfähigkeit in einer zusehends unruhigen SPD – jedoch nicht willens und in der Lage, die staatsinterventionistische Politik der Globalsteuerung infrage zu stellen. Im Gegenteil: im Herbst 1982 wurden von der SPD weitere Konjunkturprogramme zur Diskussion gestellt. Die Wende zu einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, die Helmut Schmidt nicht zu schaffen vermochte, leitete deshalb seinerzeit die FDP ein – und allen voran Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff.

Nachdem weit über ein Jahrzehnt in Deutschland das Ideal der politisch feingesteuerten wirtschaftspolitischen Globalsteuerung gegolten hatte, setzte Lambsdorff wieder auf die Soziale Marktwirtschaft: Auf die Stärkung des Wettbewerbs, auf solide Staatsfinanzen, auf die Innovations- und Leistungsfähigkeit des Mittelstandes. Der Staat sollte fortan nicht mehr versuchen alles zu tun, sondern die Kräfte des Wettbewerbs und des Marktes sollten es richten.

Lambsdorff selbst war dabei durchaus bewusst, dass er mit seinem Kurs – auch in Teilen der eigenen Partei – auf Unverständnis stoßen würde. „Diese Überlegungen“, so schrieb er, „gehen weit über den konventionellen Rahmen der bisher als durchsetzbar angesehenen Politik hinaus.“ Gleichwohl war er der festen Überzeugung, dass eine Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik unabdingbar sei. Seinen Kritikern hielt er entgegen, dass sein Reformkurs eben nicht zu sozialen Verwerfungen führen würde. „Sozial unausgewogen“, so Lambsdorff, „wäre dagegen eine Politik, die eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Finanzierungskrise der sozialen Sicherungssysteme zulässt, nur weil sie nicht den Mut aufbringt, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu ordnen und

der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze zu geben."

Diesen Gedanken an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte unseres Landes wirkmächtig werden zu lassen und eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung eingeleitet zu haben, die gerade dies vollbracht hat, ist das bleibende Verdienst des „Manifests der Marktwirtschaft“ – und von Otto Graf Lambsdorff. Gegen den Geist der Zeit und unter bewusster Inkaufnahme eines großen politischen Risikos für die FDP haben sich die Liberalen 1982 dafür eingesetzt, das Notwendige zu tun, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit nach Deutschland zurück zu bringen – damit am Ende, in Lambsdorffs Worten, „alle Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen“ können.

Das war und ist der Auftrag liberaler Politik. Und diesem Denken Wirkung zu verleihen, ist eine bleibende Aufgabe der FDP. Heute mehr denn je. Denn gerade in Anbetracht der Krise Europas, die eine Krise der öffentlichen Haushalte und der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist, sind die Prinzipien des „Manifests der Marktwirtschaft“ aktueller denn je.

Deutschland und Europa werden in einer sich rasant verändernden Welt nur bestehen können, wenn wir uns auf die Ideen besinnen, die Lambsdorff bereits 1982 seinem „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ zugrunde legte. 1950 hatte das geteilte Europa noch einen Anteil von knapp 15% an der Weltbevölkerung, Westeuropa alleine stellte dabei ungefähr 26% der globalen Wirtschaftsleistung. Heute leben im vereinten Europa lediglich noch knapp sieben Prozent der Weltbevölkerung – die überdies im Vergleich zu anderen Regionen deutlich älter ist. 2050 wird jeder vierte Europäer über 65 Jahre alt sein und der Anteil an der Weltbevölkerung auf dann fünf Prozent zurückgehen.

Wenn wir nicht wollen, dass ein (im globalen Maßstab) kleineres und älteres Europa nicht auch ein ärmeres Europa ist, dann müssen wir jetzt alles daran setzen, dass wir besser, stärker und leistungsfähiger werden. Heute leisten sich die in Europa lebenden sieben Prozent der Weltbevölkerung, die zwanzig Prozent der globalen Wirtschaftsleistung erbringen, insgesamt die Hälfte der weltweiten Sozialleistungen. Diese zivilisatorische Errungenschaft haben wir uns in Europa über Jahrzehnte hart erarbeitet. Was die Finanzmärkte jedoch wissen und wir in Europa nur zu gerne verdrängen: Dieser Wohlstand ist uns nicht geschenkt, sondern er muss immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Das haben wir in Europa seit langem versäumt – und stattdessen auf Pump gelebt. Wir haben uns an den Finanzmärkten Geld geliehen, um unsere Sozi-

alsysteme und marode Unternehmen zu subventionieren. Die Arbeitsmärkte in weiten Teilen Europas sind verkrustet. Einzig der Binnenmarkt hat viele Jahre lang Wettbewerb und Wachstum stimuliert und dadurch neue Arbeitsplätze und neuen Wohlstand geschaffen. Doch auch dieser Wachstumstreiber ist inzwischen erlahmt.

Damit Europa aus dieser selbst verschuldeten Wachstums- und Schuldenkrise herausfindet, hilft es nicht, die Augen vor dem eigenen Spiegelbild zu verschließen und hilflos in den Finanzmärkten einen Sündenbock zu suchen. Sondern wir müssen unsere eigenen Fehler korrigieren und die tieferen Ursachen bekämpfen. Das gilt für unsere Partner in Europa. Aber das gilt auch für uns in Deutschland.

Die europäische Schuldenkrise hat uns gezeigt, dass wir in Deutschland und Europa damit aufhören müssen, immer weiter unseren Lebensstandard heute auf Kosten der Zukunft zu finanzieren. Schulden sind die Droge des Staates: Sie schaffen einen Teufelskreis der Abhängigkeit. Alte Schulden führen zu neuen Schulden. Mit der Schuldenbremse in Deutschland und dem Fiskalpakt in Europa haben wir die Staaten auf Schulden-Entzug gesetzt. Das ist ein schmerzhafter, aber notwendiger Prozess.

Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen. Deshalb lehnen wir eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa ab. Eurobonds wären der bequeme Weg für schuldenfinanzierte Wachstumsprogramme, weil die Regierungen hoch verschuldeter Länder zu dann niedrigeren Zinsen neue Schulden machen könnten. Wir wollen aber nicht neue Schulden anhäufen. Sondern wir wollen mit gutem Wachstum aus unseren Schulden herauswachsen. Wir haben gezeigt, dass es geht: Der Aufschwung der letzten Jahre war das beste Mittel für mehr Wohlstand und weniger Staatsschulden in Deutschland.

Mit mehr Wachstum schaffen wir heute in Deutschland mehr Wohlstand und mehr Chancen für den Einzelnen. Und mit Wachstum legen wir die Grundlagen für einen tragfähigen Sozialstaat wie auch für stabile Gesundheits- und Rentensysteme. Und gleichzeitig schaffen wir mit unserer Wachstumspolitik in Deutschland die Voraussetzung für den Ausstieg aus dem Schuldenstaat.

Diesen Weg wollen wir auch in Europa beschreiten. Dazu brauchen wir neben dem Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin auch eine europäische Agenda 2020 für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Dazu müssen wir die nationalen Lohnfindungsregelungen in Europa reformieren. Der Wettbewerb in bisher noch geschützten Sektoren muss geöffnet und der Binnenmarkt vollendet werden. Das gilt auch

für deutsche „Schutzgebiete“ wie Post oder Bahn. Wir müssen die Flexibilität an den Arbeitsmärkten erhöhen, auch um Schwarzarbeit und Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mit Sorge sehen wir Liberalen, dass unsere Freunde in Frankreich derzeit genau den entgegengesetzten Weg beschreiten.

Gleichzeitig müssen wir unsere Anstrengungen zur Förderung von Bildung, Forschung, Innovation und Infrastruktur erhöhen. Wir brauchen nicht mehr Geld, sondern wir müssen die vorhandenen Mittel besser nutzen. Die vorhandenen Haushaltsmittel aus den Strukturfonds müssen dazu effizienter eingesetzt werden. Und: Wir müssen im EU-Haushalt die richtigen Prioritäten setzen. Dafür sollten wir in Europa gemeinsam den Mut haben.

Das ist unsere Wachstumspolitik für Deutschland und Europa. Durch eine Politik für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit können wir gemeinsam stärker werden. Aber dazu braucht es gemeinschaftliche Anstrengungen. Ein anstrengungsloses Wachstum über Schulden, wie es manche in Deutschland und Europa sich wünschen, wird hingegen nicht tragfähig sein. Das war und ist die Lehre der gescheiterten wirtschaftspolitischen Globalsteuerung der 70er Jahre. Und das ist auch die Lehre der Gegenwart: Schuldenwachstum hat uns in diese Krise geführt. Unser Weg, der auf den Prinzipien des „Manifests der Marktwirtschaft“ aufbaut, ist der fordernde, der unbequemere. Aber er führt, das sehen wir heute in Deutschland deutlich, zu guten Ergebnissen. Und deswegen gehen wir diesen Weg weiter. Gegen alle Widerstände. Als Hüter der Sozialen Marktwirtschaft – als Freie Demokraten.

Lebenslauf Otto Graf Lambsdorff

Persönliche Daten

Geboren: 20.12.1926 in Aachen

Gestorben: 5.12.2009 in Bonn

1944–1946 Wehrdienst und Gefangenschaft (schwerkriegsbeschädigt)

1946 Abitur

1947–1950 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn und Köln

1952 Promotion zum Dr. jur. in Köln

Berufliche Tätigkeit

seit 1960 als Rechtsanwalt zugelassen am Amts- und Landgericht Düsseldorf

1955–1971 Tätigkeit im Kreditgewerbe, zuletzt als Generalbevollmächtigter von Trinkaus und Burkhardt

1972–1977 Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherung AG Berlin/Düsseldorf

Politische Tätigkeit

1951–2009 Mitglied der FDP

1951–1953 Vorsitzender des Bezirksverbandes Aachen und Mitglied des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen der FDP

1968–1978 Landesschatzmeister der FDP in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen der FDP

1971 Mitglied der Programmkommission zur Vorbereitung der Freiburger Thesen

1972–1993 Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

1982–1993 Mitglied des Präsidiums der FDP

1988–1993 Bundesvorsitzender der FDP

August 1990 1. Bundesvorsitzender der gesamtdeutschen FDP

1993–2009 Ehrenvorsitzender der FDP

1991–1994 Präsident der Liberalen Internationale

1996–2009 Ehrenpräsident der Liberalen Internationale

1972–1998 Mitglied des Deutschen Bundestages

1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft

1995–2006 Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung

Dokumente

Dokument 1.

Otto Graf Lambsdorff: „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ („Lambsdorff-Papier“) vom 9.9.1982

aus: Neue Bonner Depesche 9/82, Dokumentation

Dokument 2.

Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 9.9.1982

aus: Archiv des Liberalismus A 52-669, Bl. 8

Dokument 3.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion am 7.9.1982

aus: Archiv des Liberalismus A 49-34, Bl. 2-11.

Dokument 4.

Erklärung des FDP-Präsidiums vom 13.9.1982

aus: freie demokratische korrespondenz 151 v. 13.9.1982

Dokument 5.

Interview des FDP-Vorsitzenden und Vizekanzlers Hans-Dietrich Genscher mit dem ZDF am 15.9.1982

aus: freie demokratische korrespondenz 154 v. 16.9.1982

DOKUMENTATION

Dr. Otto Graf Lambsdorff
Bundesminister für Wirtschaft:

KONZEPT FÜR EINE POLITIK ZUR ÜBERWINDUNG DER WACHSTUMSSCHWÄCHE UND ZUR BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT

9. September 1982

Das „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ ist ein eigenständiger Vorschlag, den Otto Graf Lambsdorff in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Wirtschaft vorgelegt hat.

Da das Papier in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Rolle spielt und auch sicherlich auf lange Zeit spielen wird, machen wir es allen Mitgliedern ungekürzt zugänglich.

9/82

F.D.P.-Präsidium zum Lambsdorff-Konzept*

„Vorwärtsstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“

Das F.D.P.-Präsidium tagte am Montag, 13. September 1982, unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher in Bonn. Das Präsidium erörterte das Wachstums- und Sparkonzept von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in der jetzt vorliegenden Form. Die Beratungen darüber sollen in den Gremien der F.D.P. unverzüglich aufgenommen werden.

Das F.D.P.-Präsidium dazu:

„Das Konzept von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff — dessen Diskussion sich niemand verweigern sollte — ist eine Vorwärtsstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die auf private und öffentliche Investitionen setzt. Lambsdorff ruft auf zum Kampf gegen die größte Bedrohung des sozialen Rechtsstaates und des sozialen Friedens — die Arbeitslosigkeit.“

Das Konzept hat Anspruch auf eine sachliche und verantwortungsbewußte Diskussion in der F.D.P., in der Öffentlichkeit und im Parlament. Alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen sind zur Teilnahme an dieser Diskussion aufgerufen. Die F.D.P. wird Verbesserungs- und Alternativvorschläge vorbehaltlos diskutieren. Bedeutsam wird dabei sein, daß der Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit gewahrt wird, ohne dabei Investitionsfähigkeit und -willen zu beeinträchtigen. Der Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit muß auch gelten für die Struktur von Eingriffen in die Arbeitslosenversicherung, bei der u. a. die Dauer der Beitragszahlung Beachtung finden sollte.

Wer nur nein sagt, verweigert sich der großen ökonomischen Herausforderung der 80er Jahre, nämlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die vor uns liegenden Aufgaben werden nur gemeistert werden können, wenn alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen — wie die F.D.P. es tut — sich aufrichtig zu ihrer Verantwortung in der Vergangenheit bekennen und ebenso aufrichtig die Bürger über die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen informieren. 2 Millionen Arbeitslose lassen allerdings keinen Raum für kurzatmige, taktische Erwägungen und vordergründige Polemik.

Niemand wird an der Beantwortung der Fragen vorbeikommen:

- 1. Ob er für oder gegen die Lambsdorff-Vorschläge für mehr private und öffentliche Investitionen ist?*
- 2. Ob er für oder gegen eine höhere Staatsverschuldung ist als Lambsdorff es vorschlägt?*
- 3. Ob er für oder gegen eine höhere Steuer- und Abgabenlast ist als Lambsdorff es vorschlägt?*
- 4. Welche alternativen Sparvorschläge er hat?“*

Eine offené und sachbezogene Diskussion sei das Gebot der Stunde, betonte das F.D.P.-Präsidium. Zur Ablehnung der Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast durch die F.D.P. erinnerte es an die Beschlüsse des Bundeshauptausschusses vom 24. Oktober 1981 sowie des Bundesvorstandes vom 26. April 1982 und vom 4. September 1982.

* fdk-Ausgabe 151 vom 13. September 1982, Mitteilung von F.D.P.-Sprecher Herbert Schmilling

Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

I.

Nach der Besserung wichtiger Rahmenbedingungen (Lohn- und Zinsentwicklung, Leistungsbilanz) und der leichten Aufwärtsbewegung der Produktion im ersten Quartal 1982 haben sich *seit Ende des Frühjahrs die Wirtschaftslage und die Voraussetzungen für einen baldigen Aufschwung erneut verschlechtert:*

- Unerwartet starker Rückgang der Auslandsnachfrage bei stagnierender und zuletzt wieder rückläufiger Binnenachfrage
- Verschlechterung des Geschäftsklimas und der Zukunftserwartungen in der Wirtschaft (Ifo-Test)
- Einschränkung der gewerblichen Produktion
- Anstieg der Arbeitslosigkeit und Zunahme der Insolvenzen.

Der Zinssenkungsprozeß ist zwar — nach zeitweiliger Unterbrechung — zuletzt wieder in Gang gekommen; das Zinsniveau ist aber trotz der insgesamt angemessenen Geldpolitik der Bundesbank immer noch vergleichsweise hoch. Diese erneute Verschlechterung der Lage ist zum Teil Reflex von Vorgängen im internationalen Bereich (anhaltende Schwäche der Weltkonjunktur, ungewisse Konjunktur- und Zinsentwicklung in den USA, amerikanisch-europäische Kontroversen). Die gesamte Weltwirtschaft steht offensichtlich in einer hartnäckigen Stabilisierungs- und Anpassungskrise. Bei immer noch hohen Inflationsraten und weiter zunehmender Arbeitslosigkeit hält die Wachstumsschwäche in Nordamerika und Europa nun schon ungewöhnlich lange an; auch Japan ist inzwischen in ihren Sog geraten.

Diese weltweite Wachstumsschwäche darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die derzeitigen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten die Summe einzelstaatlicher Fehlentwicklungen sind und daß ein wesentlicher Teil der Ursachen unserer binnenwirtschaftlichen Probleme auch im eigenen Lande zu suchen ist.

Eine Hauptursache für die seit Jahren anhaltende Labilität der deutschen Wirtschaft liegt zweifellos in der weitverbreiteten und eher noch wachsenden *Skepsis im eigenen Lande*. Die seit über zwei Jahren andauernde Stagnation, die im-

mer neu hervortretenden Strukturprobleme, die wachsende Arbeitslosigkeit, die große Zahl von Insolvenzen, das Bewußtwerden internationaler Zinsabhängigkeit sowie nicht zuletzt die Auseinandersetzungen und die Unklarheit über den weiteren Kurs der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik haben in weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft zu Resignation und Zukunftspessimismus geführt. Dieser offenkundige Mangel an wirtschaftlicher und politischer Zuversicht dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür sein, daß die kräftige Expansion der Auslandsnachfrage im vergangenen Jahr — entgegen aller bisherigen Erfahrung — nicht zu einer Aufwärtsentwicklung der Binnenwirtschaft geführt hat.

Mit den Operationen '82 und '83 sowie der Gemeinschaftsinitiative sind zwar wichtige Schritte in richtiger Richtung unternommen worden. Bisher ist es jedoch dadurch nicht gelungen, die pessimistische Grundstimmung zu überwinden und die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen zu bessern. Die bisherigen Beschlüsse sind in der Wirtschaft vielfach als kurzatmig, zu vordergründig, zu unsystematisch und teilweise sogar als in sich widersprüchlich angesehen worden. Die Skepsis hinsichtlich einer grundlegenden Problemlösung konnte jedenfalls dadurch nicht überwunden werden. Eine die Wirtschaft nicht überzeugende Konsolidierungspolitik kann aber keine neuen Unternehmensinitiativen wecken; sie kann sogar durch das Zusammentreffen von statischer Nachfragekürzung und ansteckendem Pessimismus in der Privatwirtschaft einen noch gefährlicheren *circulus vitiosus* in Richtung Depression auslösen. Es besteht nämlich dann die Gefahr, daß immer mehr Unternehmen ihre Investitionen einschränken und unrentable Betriebsteile abstoßen, um ihre Liquidität zu sichern.

II.

Die gegenwärtig besonders deutliche Vertrauenskrise ist nicht kurzfristig entstanden. Sie muß im Zusammenhang mit tiefgreifenden *gesamtwirtschaftlichen Veränderungen* gesehen werden, die zwar zumeist schon in einem längeren Zeitraum eingetreten sind, deren volle Problematik aber teilweise erst in den letzten Jahren — nicht zuletzt im Zusam-

menhang mit den neuen internationalen Herausforderungen aufgrund der zweimaligen Ölpreisexposition, des Vordringens der Schwellenländer und der Stabilisierungspolitik wichtiger Partnerländer — deutlich geworden ist. Es handelt sich hierbei vor allem um:

- einen gravierenden Rückgang der gesamtwirtschaftlichen *Investitionsquote* (Anteil der Anlageinvestitionen am BSP) von durchschnittlich 24,1% in den 60er Jahren auf durchschnittlich 20,8% in der zweiten Hälfte der 70er Jahre (nach einem leichten Wiederanstieg zwischen 1975 und 1980 seither erneuter Rückgang auf unter 21%); die Ursachen hierfür dürften nicht zuletzt in der schon seit längerem *tendenziell sinkenden Kapitalrendite* der gewerblichen Wirtschaft (bei gleichzeitigem Anstieg der Umlaufrendite der festverzinslichen Wertpapiere) und damit zusammenhängend in der geringeren Elgankapitalausstattung der Unternehmen sowie in den vielseitig gewachsenen Risiken und in den zunehmenden Hemmnissen gegenüber gewerblichen Investitionen liegen.
- den besonders in der ersten Hälfte der 70er Jahre entstandenen starken Anstieg der *Staatsquote* (Anteil aller öffentlichen Ausgaben incl. Sozialversicherung am BSP) um über 10%-Punkte von rd. 39% auf 49,5% (seither bewegt sie sich zwischen 48% und fast 50%); dieser strukturelle Anstieg des Staatsanteils am Sozialprodukt ist *ausschließlich* zustande gekommen durch die *überaus expansive Entwicklung der laufenden Ausgaben zwischen 1970 und 1975*; insbesondere für den öffentlichen Dienst, die Sozialleistungen (einschließlich Sozialversicherungsleistungen) und auch die *Subventionen an Unternehmen*. Die staatliche Sozialleistungsquote allein (Anteil der öffentlichen Sozialleistungen am BSP) nahm in den 70er Jahren um rd. 6%-Punkte zu, während die öffentliche Investitionsquote (Anteil der öffentlichen Investitionen am BSP) im gleichen Zeitraum rückläufig war; nach den bisherigen Haushaltsplanungen wird die öffentliche Investitionsquote auch in den nächsten Jahren weiter sinken.

- den tendenziellen Anstieg der *Abgabenquote* (Anteil der Steuer- und Sozialabgaben am BSP) in den 70er Jahren um 5%-Punkte von knapp 36% auf rd. 41%; dieser Anstieg ist *nahezu ausschließlich* auf die *Anhebung der Sozialbeiträge* insbesondere in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Steuerlastquote ist dabei zwar weitgehend konstant geblieben; die direkte Steuerbelastung durch Lohn- und Einkommensteuer hat jedoch — trotz mehrmaliger Steuersenkungen — deutlich zugenommen, während die indirekte Steuerbelastung insbesondere bei den Verbrauchsteuern rückläufig war.
- den tendenziellen Anstieg der *Kreditfinanzierungsquote* der öffentlichen Haushalte (Anteil der öffentlichen Defizite am BSP) seit Ende der 60er Jahre um rd. 5%-Punkte, wobei dieser Anstieg durch die vorübergehenden Bundesbankablieferungen an den Bundeshaushalt noch unterzeichnet ist. Trotz der bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen dürfte der überwiegende Teil dieser Defizite struktureller und nicht konjunktureller Natur sein.

Diese fundamentalen gesamtwirtschaftlichen Veränderungen haben zusammen mit einer Vielzahl von gesetzlichen, bürokratischen und tarifvertraglichen Verpflichtungen sowie mit tiefgreifenden Verhaltensänderungen in der Gesellschaft (z. B. gegenüber dem technischen Fortschritt, der wirtschaftlichen Leistung, der Eigenverantwortung) wesentlich dazu beigetragen,

- die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an binnenwirtschaftliche und weltweite Marktänderungen zu schwächen,
- die frühere Eigendynamik und das Selbstvertrauen der deutschen Wirtschaft zu erschüttern,
- die Unternehmen in ihren Investitionsdispositionen zu verunsichern und die Bereitstellung von Risikokapital zu mindern (verfügbare Geldmittel sind in den letzten Jahren offenbar in weit größerem Maße als bisher in Form von Geldvermögen oder im Ausland angelegt worden).

Ähnliche, ja zum Teil noch weitergehende gesamtwirtschaftliche Strukturprobleme gibt es zwar auch in einer Reihe von anderen Industrieländern. Insofern handelt es sich hierbei sicherlich auch um generelle Veränderungen und Schwierigkeiten in hochentwickelten Volkswirtschaften mit ausgebauten Sozialsystemen. Diese Erkenntnis ist jedoch angesichts der sich aufdrängenden Probleme am Arbeits-

markt, in den öffentlichen Haushalten und den sozialen Sicherungssystemen kein wirklicher Trost; und sie entbindet vor allem nicht von der Notwendigkeit ihrer Lösung durch eigene Anstrengungen.

Die derzeitige weltweite Stagnation erschwert natürlich die Lösung der binnenwirtschaftlichen Probleme, wie ihre Überwindung umgekehrt auch davon abhängt. Die weltweiten Probleme können nämlich — zumindest nachhaltig — nur dann überwunden werden, wenn die Ursachen der Anpassungsschwierigkeiten in den einzelnen Ländern selbst behoben werden. Das gilt besonders für die großen Industrieländer und damit nicht zuletzt für die Bundesrepublik Deutschland. Zwar sind die Anpassungsfordernisse im privaten und vor allem öffentlichen Sektor bei uns bislang weniger schwerwiegend als in den meisten Industrieländern; sie sind aber auch in unserem Lande inzwischen in eine erhebliche Dimension eingewachsen. Unabhängig davon, wie lange die internationale Wachstumsschwäche noch andauert, kann und muß deshalb in der Bundesrepublik das erforderliche Mindestmaß sozialer Anpassungsbereitschaft mobilisiert werden, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen und die Beschäftigungschancen eines neuen Wachstumsprozesses in der Weltwirtschaft auch tatsächlich nutzen zu können.

III.

Die derzeit verfügbaren Informationen schließen zwar nicht aus, daß im Herbst doch noch Anzeichen für eine gewisse *konjunkturelle Erholung* erkennbar werden. Da die Wachstums-, Beschäftigungs- und Budgetprobleme in der Bundesrepublik jedoch nicht primär konjunktureller Natur sind (die zweijährige Stagnation steht im Widerspruch zu allen früheren konjunkturzyklischen Erfahrungen), ist die Gefahr sehr groß, daß die Aufwärtsbewegung nur schwach und relativ kurzfristig ausfällt. Sie wird jedenfalls aller Voraussicht nach allein nicht ausreichen, die derzeitigen und erst recht die sich für die nächsten Jahre (schon aufgrund der demographischen Entwicklung) abzeichnenden Arbeitsmarkt- und Finanzierungsprobleme zu lösen.

Wirkliche Erfolge bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme und bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen können nur erreicht werden, wenn es gelingt, einen *hinreichend starken und über längere Zeit anhaltenden Wachstumsprozess* zu erreichen. Das notwendige Wirtschaftswachstum muß dabei durchaus nicht im Widerspruch zu den ökologischen Anforderungen stehen. Die Um-

weltpolitik kann sogar, wenn ihre Kosten bei der Einkommensverteilung berücksichtigt sowie unnötige Friktionen und Unsicherheiten vermieden werden, Innovations- und Investitionstätigkeit stimulieren und damit positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte auslösen. Ein solcher Wachstumsprozess kann nur auf der Grundlage einer breit angelegten privaten *Investitionstätigkeit* erreicht und gesichert werden. Die oft zu hörende These, für mehr Investitionen fehle sowohl kurz- als auch längerfristig die notwendige Absatzperspektive, verkennt dreierlei:

- Für Investitionsentscheidungen sind weniger kurzfristige Absatzerwartungen als vielmehr längerfristige Rentabilitätsperspektiven ausschlaggebend.
- Es gibt zwar auf Einzelmärkten Sättigungserscheinungen, keinesfalls kann aber von einer generellen Marktsättigung gesprochen werden.
- Investitionen verändern auch selbst direkt und indirekt die Marktperspektiven; sie sind der eigentliche Motor der Wirtschaftsentwicklung.

Bei der notwendigen Investitionstätigkeit haben nicht nur die Großunternehmen sondern vor allem auch die mittleren und kleinen Unternehmen eine zentrale Rolle zu spielen. Die Erfahrung zeigt, daß ihre Initiativkraft für den wirtschaftlichen Fortschritt von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die mit den privaten Investitionen häufig verbundenen Rationalisierungseffekte stehen dabei keineswegs im Gegensatz zu den beschäftigungspolitischen Erfordernissen. Auch Rationalisierungsinvestitionen dienen der Sicherung vorhandener Arbeitsplätze; sie fördern zudem über die damit verbundenen Nachfrage- und Einkommenseffekte die Beschäftigung in anderen Bereichen. Die von Rationalisierungsinvestitionen ausgehenden Veränderungen der Beschäftigungsstruktur können und müssen dabei durch intensive Bemühungen um berufliche Weiterbildung und Umschulung erleichtert und gefördert werden.

Gegenwärtig wieder verstärkt in die Diskussion kommende Maßnahmen der *Arbeitszeitverkürzung* können zwar bei richtiger Ausgestaltung (z. B. dauerhafter Verzicht auf Lohnausgleich bzw. einen Teil der Rente) und möglichst branchendifferenzierter Anwendung (Bestandteil der Tarifverhandlungen) bei der Bewältigung der Beschäftigungsprobleme in den 80er Jahren in begrenztem Umfang eine flankierende Rolle spielen; das gilt insbesondere für geeignete Formen einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit (befristete Regelung mit vollem versicherungsmathematischen Abschlag). Ohne eine nachhaltige Belebung

des Wirtschaftswachstums ist jedoch weder eine Lösung der Beschäftigungsprobleme noch erst recht der Finanzierungsprobleme im öffentlichen Gesamthaushalt (einschließlich Sozialversicherung) möglich. Wachsende Arbeitslosigkeit, unkontrollierbare Eskalation der Haushaltsprobleme und mangelnde Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme können aber leicht den Boden für eine politische Systemkrise bereiten.

IV.

Angesichts der Komplexität der Ursachen für die derzeitige Beschäftigungs- und Wachstumskrise gibt es sicherlich kein einfaches und kurzfristig wirkendes Patentrezept für ihre Überwindung. Wichtig ist aber, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als die politische Aufgabe Nummer 1 in den nächsten Jahren allgemein anerkannt wird und daß daraus die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Dieser vordringlichen Aufgabe haben sich andere Wünsche und Interessen unterzuordnen, mögen sie für sich betrachtet noch so wichtig erscheinen. In der politischen und öffentlichen Diskussion ist dies noch nicht deutlich genug geworden. Zwar wird allenthalben die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gefordert. In Wirklichkeit werden aber von politischen und gesellschaftlichen Gruppen, von Verbänden und auch von Ressorts die jeweiligen Sonderinteressen nach wie vor immer wieder vorangestellt.

Auch die derzeit wieder verstärkt zu hörende Forderung nach einer Politik der forcierten staatlichen Nachfragestützung durch zusätzliche mehrjährige kreditfinanzierte öffentliche Ausgabenprogramme verkennet, daß dadurch allein (schon wegen der damit verbundenen Folgekosten) die strukturellen Probleme in den öffentlichen Haushalten eher noch vergrößert würden. Der damit ausgelöste Nachfrageeffekt dürfte zudem angesichts der pessimistischen Grundstimmung weitgehend verpuffen, zumal auch der Anteil der öffentlichen Investitionen an den gesamten Anlageinvestitionen nur 16 % ausmacht. Die Erwartungen der privaten Investoren hinsichtlich der künftigen Zins- und Abgabenbelastung würden dagegen weiter verunsichert und die private Investitionstätigkeit dadurch eher gedämpft als stimuliert werden. Deswegen dürfte zumindest eine isolierte Politik zusätzlicher staatlicher Nachfragestützung nach wie vor eher kontraproduktiv sein. Das bedeutet allerdings nicht, daß die weitere Entwicklung der staatlichen Nachfrage — insbesondere im investiven Bereich — im Rahmen eines Gesamtkon-

zepts nicht auch eine wichtige Rolle zu spielen hat.

Auch die Fortsetzung der in den letzten Jahren eingeleiteten Politik der schrittweisen und partiellen Korrekturen im Rahmen von Gesamtkompromissen und ohne ein von der Gesamtkoalition akzeptiertes Grundkonzept könnte sich in der derzeitigen Lage insgesamt eher als problemverschärfend denn als problemlösend erweisen. Wenn in der Öffentlichkeit immer wieder von Kurzatmigkeit, Halbherzigkeit sowie systemlosen bzw. gar in sich widersprüchlichen Kompromissen gesprochen wird, so verhindert dies nicht nur die notwendige Vertrauensbildung; es kumulieren sogar die unmittelbaren negativen Effekte staatlicher Nachfragekürzung mit neuer Unsicherheit für den privaten Bereich.

Notwendig und allein erfolgversprechend ist wohl nur eine Politik, die

- im Rahmen eines in sich widerspruchsfreien Gesamtkonzeptes,
- das auf mehrere Jahre hin angelegt und in seinen Eckwerten soweit wie möglich durch gesetzliche Entscheidungen im voraus abgesichert ist,
- schrittweise auf einen Abbau der dargelegten gesamtwirtschaftlichen Strukturprobleme hinarbeitet,
- die Investitionsbedingungen zuverlässig verbessert und
- der Wirtschaft damit wieder den Glauben an die eigene Leistung und die eigene Zukunft gibt.

Wesentliche Kriterien dieser Politik müssen dabei ihre Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und innere Konsistenz sein. In-

haltlich muß die Politik vor allem darauf ausgerichtet sein, dem Privatsektor in der Wirtschaft wieder mehr Handlungsraum und eine neue Zukunftsperspektive zu verschaffen; und innerhalb des Staatssektors muß sie die Gewichte von der konsumtiven in Richtung der investiven Verwendung verlagern.

Ein solches zukunftsorientiertes Gesamtkonzept der Politik muß sich auf folgende Bereiche konzentrieren:

1. Festlegung und Durchsetzung einer überzeugenden marktwirtschaftlichen Politik in allen Bereichen staatlichen Handelns mit einer klaren Absage an Bürokratisierung. Wirtschaftsrelevante Forschung und Entwicklung sind primär Aufgabe der Wirtschaft selbst. Die Politik muß jedoch dafür generell möglichst günstige Bedingungen schaffen und in besonderen Fällen auch gezielte Hilfen geben.
2. Festlegung und Durchsetzung eines mittelfristig angelegten und gesetzlich abgesicherten überzeugenden Konsolidierungskonzeptes für die öffentlichen Haushalte, das eine Erhöhung der Gesamtabgabenbelastung ausschließt und das durch seine verlässliche Festlegung finanzielle Unsicherheiten abbaut und die Voraussetzungen für weitere Zinssenkungen schafft.
3. Festlegung und Durchsetzung einer mittelfristig angelegten und möglichst gesetzlich abgesicherten Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen von konsumtiver zu



Otto Graf Lambsdorff: „Meine Überlegungen gehen über den konventionellen Rahmen der bisher als durchsetzbar angesehenen Politik hinaus... Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gebietet es aber, daß die Politik für die Wirtschaft einen neuen Anfang setzt...“

investiver Verwendung, um die private und öffentliche Investitionstätigkeit nachhaltig zu stärken und die wirtschaftliche Leistung wieder stärker zu belohnen.

4. Festlegung und Durchsetzung einer *Anpassung der sozialen Sicherungssysteme* an die veränderten Wachstumsmöglichkeiten und eine längerfristige Sicherung ihrer Finanzierung (ohne Erhöhung der Gesamtgabenbelastung), um das Vertrauen in die dauerhafte Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherung wieder herzustellen und zugleich der Eigeninitiative und der Selbstvorsorge wieder größeren Raum zu geben.

Eine solche Gesamtpolitik, deren Aktionsfelder weit über den Bereich der traditionellen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hinausgehen, kann trotz der damit in der Übergangszeit verbundenen Einschränkungen für die öffentliche und private Nachfrage wesentlich dazu beitragen, in der Wirtschaft neues Vertrauen zu schaffen und den Mut zur Zukunft und damit zur Investition zu stärken.

Ihr Erfolg wird allerdings nicht zuletzt davon abhängen, ob die *Lohnpolitik* auch bei einer solchen Orientierung der staatlichen Politik die notwendige Verbesserung der Ertragsperspektiven sowie die relative Verbilligung des Faktors Arbeit zuläßt. Sicherlich wird es bei einer solchen Politik zu Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften kommen, die sich auch negativ auf das Stimmungsbild auswirken können. Die Gewerkschaften selbst müssen jedoch vorrangig an einer Lösung der Beschäftigungsprobleme interessiert sein. Es wird deswegen sehr darauf ankommen, daß Bundesregierung und Bundesbank übereinstimmend die beschäftigungspolitische Mitverantwortung der Tarifparteien deutlich machen. Der notwendige soziale Konsens kann dauerhaft nur gesichert werden, wenn die Arbeitslosigkeit konzentriert und nachhaltig bekämpft wird.

Wer bei einer solchen Politik denn — in der Sache vordergründigen — Vorwurf einer „sozialen Unausgewogenheit“ oder einer Politik „zu Lasten des kleinen Mannes“ macht, dem kann und muß entgegengehalten werden, daß nur eine solche Politik in der Lage ist, die wirtschaftliche Grundlage unseres bisherigen Wohlstandes zu sichern und die Wachstums- und Beschäftigungskrise allmählich und schrittweise zu überwinden. Die notwendigen Korrekturen müssen auch vor dem Hintergrund des außerordentlich starken Anstiegs der Sozialleistungsquote (Anteil der Sozialleistungen am BSP) in den letzten beiden Jahrzehnten gesehen werden. Die schlimmste soziale Unaus-

gewogenheit wäre eine andauernde Arbeitslosigkeit von 2 Millionen Erwerbsfähigen oder gar noch mehr.

V.

Das erforderliche Gesamtprogramm für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte insbesondere folgende Aktionsbereiche (die in einem inneren sachlogischen Zusammenhang zueinander stehen) umfassen:

A. Wachstums- und beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik

Leitlinien:

- Festhalten und Absichern des bisher vorgesehenen mittelfristigen Ausgabebrahmens für den Bundeshaushalt
- | | 1983 | 1984 | 1985 |
|--|---------|-------|-------|
| | 250,5 | 258,0 | 266,0 |
| | (+ 2 %) | (3 %) | (3 %) |
- in Mrd DM
- Mehrjährige Verstärkung der wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben (möglichst ohne Folgekosten) bei gleichzeitiger weiterer Kürzung der konsumtiven Ausgaben (Umstrukturierung)
 - Ausgleich von unvorhergesehenen, unvermeidlichen Mehrausgaben durch Einsparungen an anderen Stellen des Haushalts
 - Ausgleich von Mindereinnahmen, die sich trotz vorsichtiger Steuerschätzungen aufgrund der ungewöhnlich langen Fortdauer der Konjunkturschwäche ergeben, teilweise auch durch vorübergehend höhere Nettokreditaufnahme
 - Anerkennung der politischen Führungsaufgabe des Bundes gegenüber Ländern und Gemeinden bei der Konsolidierung und Umstrukturierung, jedoch keine neue Mischfinanzierung.

Ansatzpunkte für konkrete haushaltspolitische Maßnahmen

1. **Zusätzliche wachstums- und beschäftigungsfördernde Ausgaben (möglichst ohne Folgekosten) im Bundesbereich für etwa drei Jahre (Finanzierung vgl. Ziff. 2) für z. B.**
 - Verstärkung von Infrastrukturmaßnahmen im Umweltschutz (z. B. Gewässerschutz)
 - Wiederaufstockung der Mittel für die *Gemeinschaftsaufgabe* „Regionale Wirtschaftsförderung“ sowie „Agrarstruktur und Küstenschutz“
 - Verstärkung der Mittel für *Existenzgründung* (vgl. D 2)
 - Erhöhung der Mittel für *Fernwärmeprogramm* Bund/Länder

- Überwindung von Engpässen im *Strassenbau* (Bundesfernstraßen, kommunaler Straßenbau) und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Zeitgerechten Ausbau der für die Stahlindustrie benötigten *Bundeswasserstraßen* (z. B. Saar-Ausbau)
- Ausbau und Modernisierung der *Deutschen Bundesbahn*, wenn ein umfassendes Rationalisierungskonzept des neuen Vorstandes verwirklicht werden kann.

Diese Maßnahmen des Bundes sollten flankiert werden durch entsprechende, in eigener Verantwortung zu entscheidende wachstums- und beschäftigungsfördernde Aktionen der *Länder und Gemeinden*.

- Geprüft werden sollte darüber hinaus,
- ob und inwieweit die *Deutsche Bundespost* ihre Investitionen (z. B. im Bereich der Verkabelung) noch verstärken kann
 - ob durch Neuaufgabe eines zeitlich begrenzten *Bausparzwischenfinanzierungsprogramms* der noch immer stockende und steuerlich inzwischen eher benachteiligte Eigenheimbau unterstützt werden sollte
 - ob durch ein auf die nächsten Jahre (starke Schulabgängerjahrgänge) befristetes Programm in Zusammenarbeit mit den Kammern *zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen* für solche Jugendliche durchgeführt werden können, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt des jeweiligen Jahres keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnten.

2. Weitere Einschränkungen konsumtiver bzw. eindeutig nicht wachstums- und beschäftigungsfördernder Ausgaben

- zur Absicherung der noch bestehenden Haushaltsrisiken (z. B. für 1983: Bundesanstalt für Arbeit, Kindergeldregelung Bund/Länder, Zinsaufwand, Wohngeld, Bundesbahn).
- zur Finanzierung der unter Ziff. 1 genannten Mehrausgaben sowie
- zum Ausgleich für die unter B. genannten Steuermaßnahmen insoweit sie nicht durch Umstrukturierung des Steuersystems abgedeckt werden.

a) Öffentlicher Dienst

(hätte auch Auswirkung für die Haushalte von Ländern und Gemeinden)

— Im Voraus festgelegte Begrenzung des Anstiegs der *Beamtenbesoldung* für z. B. 3 Jahre. (Jedes % weniger für Beamte, Soldaten und Versorgungsempfänger bei Bund [plus Bahn und Post], Ländern und Gemeinden: rd. 1,23 Mrd./Jahr; davon Bund: 0,24 [plus Bahn: 0,13, Post: 0,14], Länder: 0,63 und Gemeinden: 0,10 Mrd DM)

- Neugestaltung der *Beihilferegulierung* z. B. durch Einschränkung der erstattungsfähigen Ausgaben, Begrenzung der Erstattung auf 100 % und eventueller Absenkung der Beihilfesätze oder Einführung zusätzlicher Eigenbeteiligung
- Generelle Herabstufung der *Eingangsbesoldung bzw. -vergütung*, insbesondere für Akademiker.

b) Finanzhilfen (Subventionen) und steuerliche Vergünstigungen (vgl. auch Teil D)

Notwendig ist ein weiterer Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen (allerdings ohne Anhebung der Gesamtabgabenbelastung).

Dies kann am besten durch eine weitere *gezielte* Reduzierung im Rahmen eines mehrjährigen Stufenplanes geschehen. Angesichts der damit verbundenen Schwierigkeiten könnte aber auch ein genereller *linearer* Abschlag von 5 % bzw. 10 % (nach Schweizer Muster) gewählt werden, wobei dann einige wenige Bereiche ausgenommen werden könnten.

Den bekannten Nachteilen des linearen Abschlags steht der Vorteil einer großen Breitenwirkung und einer Gleichbehandlung aller Betroffenen gegenüber. Außerdem wird im Vergleich zur gezielten Kürzung die „Beweislast“ umgekehrt.

c) Arbeitsförderungsgesetz

- *Verringerung der Leistungen:*
Verringerung des Leistungssatzes für Arbeitslosengeld am Anfang der Bezugsdauer (z. B. erste drei Monate nur 50 % des letzten Nettoeinkommens, evtl. Mehrstufenregelung) oder
Generelle Senkung des Arbeitslosengeldes für Alleinstehende (ohne Unterhaltspflicht); anknüpfen an frühere Regelung
oder/und
Einführung von Karenztagen bei der Zahlung von Arbeitslosengeld (Beiträge zur Krankenversicherung werden jedoch durch Bundesanstalt gezahlt)
- Begrenzung des Arbeitslosengeldbezuges auf *maximal 1 Jahr*, auch bei Krankheit; kein Entstehen von neuen Arbeitslosengeldansprüchen durch Teilnahme an Maßnahmen der Bundesanstalt (erhebliche Einsparungen zu erwarten)
- Anpassung der Leistungsgrundsätze für Teilnehmer an *Rehabilitationsmaßnahmen* an die niedrigeren Leistungsätze für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und bei Abbruch oder Beendigung der Maßnahme keine Weiterzahlung des Übergangsgeldes

- *Keine Kumulation* mit alten Ansprüchen auf Arbeitslosengeld, wenn zwischenzeitlich gearbeitet wird
- Überprüfung von extrem *verwaltungs- und damit personalaufwendigen* AFG-Leistungen (z. B. 16-jährige-Regelung für Kindergeld, Mehrfachberechnungen der Fahrkostenzuschüsse für Unterhaltsempfänger, Bagatelldbeträge bei Widerspruchs- und Sozialgerichtsverfahren, Verfolgung der Ansprüche aus Konkursausfallgeld, übertriebene Härterege-lungen)
- Überprüfung der *Kosten für Träger* der Maßnahmen von Unterhaltsgeld und Rehabilitation.

d) Mutterschaftsurlaubsgeld

- (Umfang der Leistungen: 1981: 913 Mio DM
Zahl der Leistungsbezieher: 1981: 320 000)
- Ersatzlose Streichung, mindestens aber mehrjährige Aussetzung.

e) BAFöG (Einsparung auch für die Länder wegen 35 %-Beteiligung)

- Streichung der *Schüler-BAFöG* (rd. 1 Mrd. DM)
- Umstellung des BAFöG für *Studenten* auf (Voll-)Darlehen mit einer neu-gestalteten, verwaltungseffizienten Härteklause (Je nach Ausgestaltung allerdings größere Einsparung erst bei Rückzahlung).

f) Wohngeld

- Änderung des *Einkommensbegriffes* (z. B. Anrechnung von Grundrenten)
- Absenken der überhöhten Pauschalen bei der *Einkommensberechnung* (z. B. 30 % wegen Belastung durch Steuern und Sozialabgaben; 12,5 % bei Bezug von Lohnersatzleistungen) auf die tatsächlichen durchschnittlichen Belastungen durch Steuern und Abgaben
- Reduzierung der maximal bezuschus-sungsfähigen *Wohnfläche*.

B. Investitions- und leistungsfördernde Steuerpolitik

Die gegenwärtige und mehr noch die für die Zukunft erwartete Steuerbelastung ist für Investitionsentscheidungen zweifellos von erheblicher Bedeutung; mindestens ebenso bedeutsam sind jedoch die Erwartungen des Investors hinsichtlich der künftigen Lohn-, Arbeitszeit-, Sozial-, Umwelt-, Rechts- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik schlechthin. Insofern darf die Wirkung isolierter Steuermaßnahmen nicht überschätzt werden.

Leitlinien:

- Vermeidung eines Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Steuerlastquo-

te; kein Ausweichen in parafiskalische Regelungen (Pfennigabgaben)

- Leistungs- und investitionsfreundlichere Gestaltung des Steuersystems durch Beseitigung bzw. Reduzierung folgender Strukturprobleme (macht gezielte Investitionsanreize weniger dringlich):
 - übermäßige Belastung durch *ertragsunabhängige* Steuern (Gewerbesteuer und Vermögenssteuer) und deren negative Folgen für Investitionsbereitschaft und Eigenkapitalbildung, vor allem in ertragschwachen Phasen.
(Nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts schneidet die Bundesrepublik bei der Kapitalbesteuerung im internationalen Vergleich ungünstig ab.)
 - übermäßige Belastung der Löhne und sonstiger Einkommen durch „normale“ und „inflationbedingte“ *Progressionswirkung* und deren negative Folgen für Leistungsbereitschaft, Steuermoral (Steuerverkürzung, Schwarzarbeit etc.) und Lohnpolitik
 - Weltgehende Kompensation der *Steuermindereinnahmen* (im Zusammenhang mit der Lösung der genannten Steuerstrukturprobleme) durch Anhebung insbesondere der *Mehrwertsteuer*; jedoch nicht für die ohnedies notwendige Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen („inflationbedingter Progressionseffekt“)
 - Baldige inhaltliche Festlegung der Steuermaßnahmen, jedoch schrittweise Realisierung im Rahmen eines vorangekündigten Terminplanes
 - Als Ergänzung für eine Übergangsphase evtl. zusätzliche steuerliche Investitionsanreize.
- Ansatzpunkte für konkrete steuerpolitische Maßnahmen im Rahmen eines mehrjährigen, verbindlich festgelegten Stufenplanes**
- 1. Schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuer**
- In einem *ersten* Schritt Halbierung der Gewerbesteuerbelastung der gewerblichen Wirtschaft nach DIHT-Modell (formale Beibehaltung der Gewerbesteuer, jedoch halbe Anrechnung bzw. Erstattung der gezahlten Gewerbesteuer bei der Umsatzsteuer. Problem: verbleibende Hebesatz-Autonomie der Gemeinden zu Lasten des Umsatzsteueraufkommens für Bund und Länder; daher Einschränkung der Hebesatz-Autonomie durch Höchstbetrags- bzw. Koppelungsvorschriften notwendig)
 - In einem *zweiten* Schritt Abschaffung der Gewerbesteuer und Umsetzung

der dann notwendigen Neuordnung des Finanzausgleichs unter Beteiligung der Gemeinden am Umsatztsteueraufkommen nach einem noch zu findenden Schlüssel (z. B. Vorschlag des Instituts „Finanzen und Steuern“).

2. Partielle Entlastung des gewerblich genutzten Vermögens von der Vermögenssteuer

- Beseitigung der Doppelbelastung durch Anrechnungsmethode oder Halbierung der Bemessungsgrundlage auf Ebene der Kapitalgesellschaft und Anteilseigner.

Denkbare kleinere Lösungen:

- Übernahme der Ertragsteuerwerte in die Vermögensaufstellung
- Herabsetzung der Grenze für das Schachtelprivileg (z. B. auf 10 %).

3. Entlastung der Lohn- und Einkommensbezieher (und damit auch der Personen-Unternehmen)

vor allem durch Abflachung der Tarifkurve im extrem steilen mittleren Progressionsteil.

4. Steuerliche Anreize für Investitionen und Anlage in Risikokapital (evtl. nur für Übergangszeit)

Einkommensteuerliche Begünstigung der längerfristigen Anlage in Risikokapital im Inland, z. B. von Einzahlungen in Beteiligungsfonds (wie in Österreich) bei mindestens 10jähriger Festlegung, jedoch vorzeitiger steuerunschädlicher

Verwendungsmöglichkeit zur Existenzgründung (vgl. D 2). Durch Einbeziehung nicht nur von Aktien, sondern auch von stillen Beteiligungen und GmbH-Anteilen Stärkung der Eigenkapitalbildung auch der mittelständischen Wirtschaft.

5. Anhebung der Mehrwertsteuer zum Ausgleich für Investitions- und arbeitsplatzfördernde Steuerentlastungen (nicht jedoch für Rückgabe „heimlicher“ Steuererhöhungen)

Probleme:

- Preiserhöhungseffekte mit möglicher Rückwirkung auf Lohn- und Sozialpolitik
- Neuer Druck zur Abwanderung in die Schattenwirtschaft (allerdings kaum stärker als bei bisheriger Steuerstruktur).

C. Konsolidierung der sozialen Sicherung sowie beschäftigungsfördernde Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Leitlinien:

- Dauerhafte Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme *ohne* Anhebung von Beiträgen bzw. Einführung von Abgaben
- Stärkere Berücksichtigung der Prinzipien der Selbstvorsorge und Eigenbeteiligung sowie der Subsidiarität (soweit wie möglich dezentralisierte Hilfe, Stärkung der Eigenhilfe durch die Familie z. B. bei der Pflege älterer Menschen) in allen Bereichen der Sozialpolitik

- Erleichterung der Flexibilisierung der Arbeitszeit, jedoch keine staatlich verordnete oder geförderte Arbeitszeitverkürzung
- Generell keine weitere Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Unternehmen sowie Überprüfung der bestehenden gesetzlichen Regelung auf ihre Wirkungen für die Beschäftigung.

Ansatzpunkte für konkrete sozial- und arbeitsmarktpolitische Regelungen

1. Rentenversicherung (incl. Knappschaft und landwirtschaftliche Altershilfe)

a) Mittelfristige Maßnahmen (bis Ende der 80er Jahre)

— Sicherung der Aufwandsneutralität der 84er Reform und Verzicht auf ausgabensteigernde Maßnahmen

— Anhebung der Beteiligung der Rentner an den Kosten ihrer Krankenversicherung über die bisher für 1986 vorgesehenen 4 %-Punkte hinaus bis zur Höhe des Arbeitnehmer-Anteils zur gesetzlichen Krankenversicherung (z. Z. rd. 6 %)

— Keine Einschränkung der bisher vorgesehenen Bundeszuschüsse

— Einschränkung des Aufwands für Kuren (größere Selbstbeteiligung)

— Verschärfung der Bedingungen für die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente.

b) Längerfristige Maßnahmen (ab Ende der 80er Jahre)

— Einführung eines kostendeckenden Abschlags bei der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze

— Berücksichtigung des steigenden Rentneranteils in der Rentenformel

— Anhebung der Altersgrenze (einzige Möglichkeit, weiter steigender Belastung durch Steigerung der Lebenserwartung zu begegnen).

2. Krankenversicherung (GKV)

- Verstärkte Kostendämpfung bei Leistungserbringern, z. B. Einführung eines gespaltenen bzw. degressiven Krankenhaus-Pflegesatzes und Abschaffung des Kostenersatzprinzips (Wiederzulassung von Gewinn/Verlust-Möglichkeit)

- Ausbau der Selbstbeteiligung im Krankenversicherungsbereich (z. B. bei Arzneimitteln und Arztbesuchen)

- Neben der Selbstbeteiligung bei Kuren auch Teilanrechnung auf den Urlaub.

3. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

(lt. BMA Aufwand 1990: 27,15 Mrd. DM)

Auch in diesem Bereich wäre die Einführung von Maßnahmen der Selbstbeteiligung (Karenztage, Abschläge, Änderung



Bild: dpa/Steiner

Kabinettsitzung am 4. 9. 1982: „Die Regierung steht vor der Aufgabe, die öffentlichen Finanzen neu zu ordnen und der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg zu geben.“



Bild: Sven Simon

Otto Graf Lambsdorff: „Wir stehen vor einer wichtigen Wegkreuzung. Wer eine auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerichtete Sparpolitik als ‚soziale Demontage‘ oder gar als ‚unsozial‘ diffamiert, verkennt, daß sie in Wirklichkeit der Gesundung und Erneuerung des wirtschaftlichen Fundaments für unser Sozialsystem dient.“

des Finanzierungsmodus) angebracht; sie stößt allerdings auf erhebliche Probleme (finanzielle Entlastung z. T. fraglich, Vorrang von Tarifverträgen, Alimentationsprinzip bei Beamten).

Positive Signale könnten aber auch schon von kleineren Korrekturen ausgehen. Z. B.:

- Ausschluß von Prämien/Überstundenzuschlägen aus dem Entgeltbegriff
- Wegfall der Leistungen bei Ausübung von Nebentätigkeiten
- Einführung einer Teil-Arbeitsunfähigkeit
- Verstärkte Bekämpfung medizinisch unbegründeter Krankschreibungen (z. B. Vertrauensarzt).

4. Schwerbehindertengesetz

- Restriktivere Regelung für das Anerkennungsverfahren (Kriegsopferversorgung läuft ohnedies aus) sowie Überprüfung des Behindertenbegriffs und des Leistungskatalogs
- Stärkere beschäftigungspolitische Orientierung durch den Wegfall des Mitzählens der Auszubildenden bei der Schwerbehinderten-Pflichtquote von 6 v. H. der Arbeitsplätze.

- In Klein- und Mittelbetrieben Anrechnung des schwerbehinderten Arbeitgebers auf die Pflichtzahl.

5. Sozialhilfe

Begrenzung ist wichtig für Kommunalhaushalte. Wegen des starken Anstiegs der Sozialhilfe fallen die Gemeinden als Hauptträger der öffentlichen Investitionen mehr und mehr aus. Gemeinden zahlen Sozialhilfe zu Lasten des Kreises, soweit nicht Regreß bei anderen Personen oder Stellen; indirekt ist das Land über Finanzausgleich beteiligt. Aufwand für Sozialhilfe 1980 insgesamt 13,3 Mrd. DM; Sozialhilfeempfänger 2,1 Millionen.

- Mehrjährige *Minderanpassung* (gegenüber derzeitigem Verfahren) bzw. zeitweiliges *Einfrühen* der Regelsätze. (Besonderes Problem bei Sozialhilfe: relativ hohe Familienleistungen im Vergleich zu übrigen Familienleistungen bzw. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) oder
- Überprüfung des für die Bemessung der Regelsätze relevanten Warenkorbs auf Angemessenheit und

- Strengere Regelung für die Zumutbarkeit einer dem Hilfesuchenden möglichen Arbeit
- Überprüfung, ob nicht Arbeitslosenhilfe (die keine Versicherungsleistung ist und inzwischen vom Bund getragen wird) auch von Sozialämtern, die auf Prüfung der Bedürftigkeit spezialisiert und ortsnäher sind, verwalten zu lassen. Zudem wird Arbeitslosenhilfe häufig durch Sozialhilfe aufgestockt.

6. Arbeitsschutz-, Kündigungsschutz-, Arbeitsrecht und Jugendschutz

- Keine Belastung der Unternehmen (insbesondere der mittleren und kleineren) im Rahmen der geplanten Novellierung des *Arbeitsschutzes*
- Keine Änderungen des *Arbeitszeitrechts*, welche die betriebliche Flexibilität einschränken (z. B. keine gesetzliche Wochenhöchsttarbeitszeit von 48 Stunden)
- Praxisbezogene Auflockerung des *Jugendarbeitsschutzes* (z. B. flexible Arbeitszeitregelung, Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten)
- Keine Erweiterung des *Kündigungsschutzrechtes*

- Entwicklung und Propagierung von sozialpolitisch vertretbaren *Job-Sharing-Modellen*

- Keine staatliche Beteiligung bei *Tarifen-Regelungen* (ausschließlich Sache der Tarifpartner).

7. Antidiskriminierungsgesetz

- Verzicht auf eine Verschärfung der Regelungen des arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes.

8. Ausländerpolitik

- Beibehaltung des *Anwerbestops* und möglichst enge Begrenzung des Familiennachzugs
- Schärfere Eingrenzung der aufenthaltsbeendenden Tatbestände (z. B. bei längerer Arbeitslosigkeit)
- Verdeutlichung der Rechte und Pflichten für diejenigen, die *Integration* anstreben.

9. Europäische Sozialpolitik

- Ablehnung gemeinschaftlicher Regelungen, insbesondere Richtlinien, die bereits im Stadium der Beratungen (und nicht erst bei der Umsetzung in innerstaatliches Recht) das Investitionsklima belasten (z. B.: Vredeling-Richtlinie mit ihren Auswirkungen auf Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Vertrauensschutz in der Wirtschaft; Einschränkungen im Recht der Arbeitnehmerüberlassung; Gemeinschaftsregelungen zur Arbeitszeitverkürzung)
- Ausgleich der Wettbewerbsbedingungen in der Gemeinschaft durch Harmonisierungen im Arbeitsschutz (ohne Verschärfungen des innerstaatlichen Rechts).

D. Politik zur Förderung von Marktwirtschaft, Wettbewerb und wirtschaftlicher Selbständigkeit

Die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft wird entscheidend bestimmt durch die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs und die Vielfalt der unternehmerischen Initiativen. Insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen sind infolge ihrer Kreativität, ihres unternehmerischen Wagemutes und ihrer Anpassungsfähigkeit unverzichtbare Träger des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts. Deswegen muß der Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Bereitstellung von Risikokapital in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit gelten.

Leitlinien:

- Abbau von unnötiger Reglementierung und Bürokratie in allen Bereichen der Wirtschaft und stärkere Verlagerung bisher öffentlich ange-

botener Leistungen auf den privaten Bereich; enge Begrenzung des Postmonopols (kein Vordringen in den Endgerätemarkt).

- Trotz der schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage keine Lockerung der Wettbewerbspolitik und keine Gewährung von Erhaltungssubventionen; Fortsetzung des Kampfes gegen die Unternehmenskonzentration, auch um die Wiederholung von Sanierungsfällen wie AEG zu vermeiden.
- Verstärkte materielle und immaterielle Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, insbesondere der gewerblichen Existenzgründung.
- Neuorientierung der Vermögenspolitik durch relativ stärkere Förderung der Beteiligung am Produktivkapital.

Konkrete Ansatzpunkte für Maßnahmen

1. Verstärkte Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und insbesondere der gewerblichen Existenzgründung

- Breit angelegte *Informationskampagnen* über Wert und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Selbständigkeit (Schulbücher, Lehrpläne, Medien etc.)
- Gezielte Förderung der gewerblichen Existenzgründung durch
 - wesentlich attraktivere Ausgestaltung des *Eigenkapitalhilfeprogramms* (evtl. zeitlich begrenzt) als Anreiz für Unternehmensgründungen und -übernahmen auch im industriellen Bereich (Aufstokung der Förderhöchstbeträge, deutliche Verbesserung der Zinskonditionen, Vereinfachung des Antragverfahrens)
 - Einführung von zuschubbegünstigten Ansparverträgen für *Existenzgründungen*, die zunächst neben, später ggf. an die Stelle des Eigenkapitalhilfeprogramms treten könnten (vgl. hierzu auch B, 4)
 - Verbesserung der *Beratungshilfe* für Existenzgründungen.

2. Steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme insolventer bzw. insolvenzbedrohter Unternehmen oder Betriebe

Zur Berücksichtigung des erhöhten Risikos Gewährung einer befristeten steuerfreien Rücklage in bestimmter Höhe der Anschaffungskosten; stufenweise Auflösung nach einigen Freijahren (Genehmigung durch Länderbehörden mit Bescheinigungsverfahren) — als Ergänzung zur bestehenden § 6 b-Regelung, die nur bei Finanzierung des Anteilser-

werbs durch Veräußerung anderer Beteiligungswerte greift.

3. Weiterer Abbau der Reglementierung in der Wohnungswirtschaft

- Weitergehende Liberalisierung des *Mietrechts* z. B. durch
 - Ermittlung der Vergleichsmieten nur anhand von Neumieten (z. B. nur Mieten der letzten 2 oder 3 Jahre)
 - Zulassung von Staffelmieten auch für den Wohnungsbestand
 - Nachweis bei Mieterhöhungsverlangen auch durch Mieten aus dem eigenen Bestand.
- Auflockerung des *Kündigungsschutzes* (über die Zeiterverträge hinaus) durch weitgehende Zulassung der Änderungskündigung (vom Wissenschaftlichen Beirat beim BMWV vorgeschlagen).
 - Denkbare Lösungen:
 - Abdingbarkeit aller Kündigungsschutzbestimmungen bei Aufrechterhaltung des Vollstreckungsschutzes (vertragliche Vereinbarung des Kündigungsschutzes möglich)
 - Aufhebung bzw. Abdingbarkeit nur von § 524 BGB (Vermieter muß bisher bei Kündigung „berechtigtes Interesse“ nachweisen), aber Beibehaltung der Sozialklausel gemäß § 556 a BGB („soziale Gründe“ können Kündigung entgegenstehen)
- Verstärkung der Bemühungen um eine Vereinfachung des *Baurechts* (primär allerdings Ländersache).

4. Vermögenspolitik

Neuorientierung der bisherigen Vermögenspolitik durch weitere Verlagerung der Förderung von Geldkapital zu Produktivkapital; Ansatzpunkte hierfür:

- Erweiterung des Anlagekatalogs für Produktivkapital im 624-DM-Gesetz
- Verbesserte Rahmenbedingungen für betriebliche Vermögensbildung durch Lohntarifvertrag (entsprechend Vorschlag der IG-Textil)
- Beibehaltung des Systems der individuellen, betrieblichen und tariflichen Vermögensbildung, keine gewerkschaftlich beherrschten Tariffonds.

5. Weiterentwicklung der Umweltpolitik

Zwischen den wirtschaftspolitischen und den umweltpolitischen Zielen besteht durchaus kein prinzipieller Widerspruch. Die Umweltpolitik kann sogar bei richtiger Ausgestaltung zum wirtschaftlichen und technischen Fortschritt beitragen. Allerdings müssen die Aufwendungen für die Produktion des Gutes „Umwelt“ bei

den Einkommensforderungen und der Zeitbedarf für die Anpassung der Wirtschaft bei der Festlegung von Normen und Auflagen berücksichtigt werden. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist deshalb besonders wichtig:

- Längerfristige Orientierung der Umweltpolitik
- Frühzeitige Festlegung neuer Normen (zur Erleichterung der Anpassung und zur Stimulierung des technischen Fortschritts)
- Prüfung, inwieweit die bisherigen Instrumente des Umweltschutzes stärker durch ökonomische Anreize ergänzt werden können.

6. Konsequente Fortsetzung der Energiepolitik

Die marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik muß weitergeführt werden. Der Anpassungsprozeß von Wirtschaft und Verbrauchern sowie an den Energiemärkten verläuft zwar in raschem Tempo; in Teilbereichen ist jedoch eine weitere Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik notwendig. Deswegen

- Fortsetzung der an der Eigenverantwortung von Verbrauchern und Wirtschaft orientierten Einsparpolitik (vgl. Maßnahmen in der Fortschreibung des Energioprogramms)
- Weitere Absicherung der Versorgung mit der für Wachstum und Beschäftigung erforderlichen, möglichst umweltfreundlichen Energie zu wirtschaftlichen Bedingungen

— Im *Mineralölbereich* Anpassung der Kapazitäten an den veränderten Bedarf durch die Mineralölwirtschaft; dabei Erhaltung der bewährten Struktur des deutschen Mineralölmarktes wichtig

— Fortsetzung der Absicherung des Versorgungsbeitrages der deutschen *Kohle*; zur Sicherung des Absatzes und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte dabei verstärkter Beitrag des Bergbaus durch Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Kostensenkung notwendig.

— Fortsetzung der Umstrukturierung der deutschen *Kraftwerke* — auch unter Berücksichtigung umweltpolitischer Erfordernisse; unerlässlich dabei bedarfsgerechter Zubau von kostengünstigen *Kernkraftwerken* im Grundlastbereich entsprechend der Dritten Fortschreibung. Gleichzeitig notwendig: Intensivierung der Anstrengungen zur Verwirklichung des *Entsorgungskonzeptes* auf der Grundlage der erreichten Fortschritte.

7. Verzicht auf eine weitere Verschärfung von Rechtsvorschriften für den Unternehmenssektor (evtl. mehrjähriges Moratorium)

- Keine weitergehende Verschärfung der Produzentenhaftung
- Keine weitere Verschärfung der Mitbestimmung
- Keine weitere Ausdehnung der Bilanzierungsvorschriften
- Keine Verschärfung des Datenschutzrechts.

8. Weitere Durchforstung der geltenden Rechtsvorschriften, bestehenden Auflagen und statistischen Meldepflichten

9. Appell an Länder und Gemeinden zu verstärkten Anstrengungen bei der Verlagerung bisher öffentlich angebotener Leistungen auf den privaten Bereich mit dem Ziel einer effizienteren Aufgabenerfüllung und Entlastung der Haushalte sowie einer Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik.

10. Verteidigung und Stärkung des offenen, multilateralen Welthandelssystems

- Aktives Vorgehen gegen protektionistische Bestrebungen, handelsverzerrende Praktiken und Renationalisierung der Märkte
- Stärkung des GATT.

VI.

Diese Überlegungen gehen über den konventionellen Rahmen der bisher als durchsetzbar angesehenen Politik hinaus. Die politischen Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung werden nicht übersehen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gebietet es aber, daß die Politik für die Wirtschaft einen neuen Anfang setzt und eine Zukunftsperspektive gibt, die frei ist von entbehrlichen staatlichen Belastungen, so daß Investitionen in neue Arbeitsplätze und zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze wieder vertretbar und lohnend erscheinen.

Worauf es jetzt ankommt, steht im Leitsatz der Regierungserklärung vom 24. November 1980: "... entschlossenes gemeinschaftliches Handeln in Konzentration auf die wichtigen Aufgaben."

Es kann im wirtschaftlichen und sozialen Bereich derzeit keine wichtigere Aufgabe geben, als die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, durch neues Wirtschaftswachstum wieder mehr Beschäftigung und auch eine allmähliche Lösung der öffentlichen Finanzierungsprobleme zu ermöglichen und damit schließlich alle Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen zu lassen.

Wir stehen vor einer wichtigen Wegkreuzung. Wer eine solche Politik als „soziale Demontage“ oder gar als „unsozial“ diffamiert, verkennt, daß sie in Wirklichkeit der Gesundung und Erneuerung des wirtschaftlichen Fundaments für unser Sozialsystem dient. „Sozial unausgewogen“ wäre dagegen eine Politik, die eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Finanzierungskrise der sozialen Sicherungssysteme zuläßt, nur weil sie nicht den Mut aufbringt, die öffentlichen Finanzen nachhaltig zu ordnen und der Wirtschaft eine neue Perspektive für unternehmerischen Erfolg und damit für mehr Arbeitsplätze zu geben.

Die Konsequenz eines Festklammers an heute nicht mehr finanzierbare Leistungen des Staates bedeutet nur die weitere Verschärfung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sowie eine Eskalation in den Umverteilungsstaat, der Leistung und Eigenvorsorge zunehmend bestraft und das Anspruchsdenken weiter fordert — und an dessen Ende die *Krise des politischen Systems* steht.

Dokument 2

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT

5300 BONN 1, den 9. September 1982

An den
Bundeskanzler
Herrn Helmut Schmidt
Adenauerallee 139 - 141
5300 Bonn 1

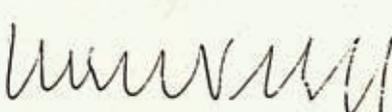
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Am Montag, den 30. August 1982, baten Sie mich, Ihnen meine Vorstellungen über die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Beschäftigungskrise zu entwickeln.

Ich sagte Ihnen, daß ich während der Sommerpause mit meinen Mitarbeitern an einem derartigen Konzept gearbeitet habe. Das Ergebnis darf ich Ihnen in der Anlage übersenden.

Mit dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion habe ich vereinbart, daß ich die Ausarbeitung den Mitgliedern der Fraktion am kommenden Sonntag zustelle.

Mit freundlichen Grüßen

Spar


FDP-FRAKTION
IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG
AK II
Referent

5300 BONN, DEN 08. September 1982
TELEFON 16 2348

Nr. 18/82

me-do



Kur z - und B e s c h l u s s p r o t o k o l l
der Sitzung der Fraktion am 07. September 1982

Beginn: 15.00 h
Ende: 18.55 h
Vorsitz: Mischnick, zeitweise Cronenberg

II. Bericht von BM Dr. Graf Lambsdorff zur wirtschaftlichen Lage

BM Dr. Graf Lambsdorff führt im wesentlichen folgendes aus: Bereits vor der Sommerpause habe er sein Haus beauftragt, an den Vorarbeiten für ein mittelfristig angelegtes wirtschafts-, finanz-, sozial- und haushaltspolitisches Gesamtkonzept zu beginnen. Er habe geplant, dieses Konzept der Partei und der Fraktion vorzutragen. Bei einer Erörterung am Montag voriger Woche habe der Kanzler ihn aufgefordert, seine Gedanken und Vorstellungen ihm vorzulegen. Er habe dies angesichts der Vorarbeiten innerhalb einer Frist von 10 Tagen zugesagt. Dabei sei für ihn klar gewesen, daß dieses Papier der Bundeskanzler als erster bekommen müßte und er es in seiner Verantwortung als Mitglied der Bundesregierung erstellen würde. Aufgrund der Vorgeschichte habe er es für richtig gehalten, die Grundüberlegungen mündlich dem Bundesvorstand am vergangenen Samstag vorzutragen. Dies sei ein konstruktiver Dialog gewesen, und er habe große Teile der dort vorgetragenen Anregungen in seinen Entwurf aufgenommen. Nun wolle er auch seine Überlegungen der Fraktion vortragen, wobei er um Verständnis bitte, daß er um 17.00 h die Fraktionssitzung verlassen müsse, weil er zugesagt habe, in Berlin eine Rede zu halten und dies aus verschiedenen Gründen nicht absagen möchte. Zentraler Ausgangspunkt seines Papiere sei die Erkenntnis, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das innenpolitische Thema Nr. 1 darstelle. In der Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wäre auch auszuführen, daß die internationale Situation zu diesem Problem erheblich beigetragen habe. Andererseits solle deutlich werden, daß ein wesentlicher

- 3 -

Teil für die bestehenden Schwierigkeiten bei uns selber liegen würde. So sei die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote erheblich zurückgegangen. Die Staatsquote sei auf fast 50 % angestiegen. Die Abgabenquote sei auf über 42 % geklettert. Die Kreditfinanzierungsquote habe um 4 bis 5 Prozent-Punkte zugenommen. Hinzukämen Verhaltensänderungen in der Gesellschaft, die zu einer hohen Anspruchsmentalität an Staat und Gesellschaft geführt hätten. Als Resultat sei daraus eine erhebliche Vertrauenskrise bei Unternehmern und Arbeitnehmern entstanden. Für die Bewältigung dieser Krise gebe es kein Patentrezept, vielmehr müsse sie mittel- bis längerfristig gelöst werden. In der Vergangenheit seien richtige Schritte übernommen worden. Allerdings habe ein Gesamtkonzept gefehlt. Daher möchte er in seinem Papier ein in sich widerspruchsfreies Gesamtkonzept vorlegen, mit dem schrittweise die Strukturprobleme abgebaut, die Investitionsbereitschaft erhöht, die Vertrauenskrise überwunden und als Ergebnis aller Bemühungen neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Zur Erreichung dieses Ziels sehe er vier Aktionsbereiche, wobei die Mutmaßungen der Bild-Zeitung von heute jeglicher Grundlage entbehren würden. Der erste Aktionsbereich betreffe die Haushaltspolitik. Hier müsse an der Ausgabenbeschränkung unbedingt festgehalten werden. Dies bedeute u.a. einen sehr eng begrenzten Anstieg der Gehälter im öffentlichen Dienst, eine drastische Kürzung der Subventionen für die Wirtschaft, weitere Einsparungen beim Arbeitsförderungsgesetz und die Einhaltung des Grundsatzes, daß neue Ausgaben nur durch Einsparungen finanziert werden dürfen. Konjunkturrell bedingte Steuermindereinnahmen könnten teilweise vorübergehend durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgeglichen werden. Ausgaben sollte es dort nur geben, wo durch öffentliche Investitionen

- 4 -

- 4 -

Arbeitsplätze entstehen könnten, z.B. im Ausbau der Infrastruktur im Umweltbereich, bei der regionalen Wirtschaftsförderung, im Fernwärmebereich und bei der Beseitigung von Engpässen im Straßenbau und im Wasserstraßenbereich. Länder und Gemeinden müßten entsprechend verfahren. Die Kammern sollten aufgefordert werden, ihre Aktivitäten für Schulabgänger, die nur schwer eine Lehrstelle finden, zu verstärken. Der zweite Aktionsbereich umfasse die investitions- und leistungssteigernde Steuerpolitik. Hier dürfe es zu keinen Pfennig-Abgaben irgendwelcher Art kommen. Vielmehr müßte die Progressionswirkung bei der Lohn- und Einkommensteuer entsprechend den Initiativen der F.D.P.-Fraktion zur Gemeinschaftsinitiative abgebaut werden. Ein Ausgleich müsse über die Erhöhung der Mehrwertsteuer gefunden werden, wobei es zugleich zu einem Umbau der Steuerstruktur von der direkten leistungsfeindlichen Besteuerung zur indirekten Besteuerung kommen müsse. Über diesen Bereich sollte baldmöglichst entschieden werden. Der dritte Aktionsbereich umfasse die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Den Prinzipien der Selbstvorsorge und der Eigenbeteiligung im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme müsse nun wieder Vorrang eingeräumt werden. Änderungen im Arbeitszeitrecht seien grundsätzlich nicht verantwortbar. Lediglich könne über eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit nachgedacht werden. In der Rentenversicherung müsse es zu der geplanten '84-Reform kommen, in der Krankenversicherung zum Ausbau der Selbstbeteiligung, die Lohnfortzahlung müsse modifiziert werden, im Schwerbehindertenrecht müsse es zum Abbau von Hemmnissen kommen, der Anwerbestopp von Arbeitnehmern aus Ländern außerhalb der EG müsse erhalten und das Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Der vierte Aktionsbereich erstreckte sich auf die weitere Stärkung des Wettbewerbs und die

- 5 -

- 5 -

Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Hier müßten Reglementierungen abgebaut werden, die Energiepolitik wirtschafts- und umweltpolitisch vorangebracht werden, keine verschärfenden Vorschriften im Wirtschaftsrecht, z.B. bei der Produzentenhaftung und bei der Bilanzrichtlinie eingebracht und verstärkt öffentliche Leistungen auf Private übertragen werden. Hinzutreten müsse ein aktiver Kampf gegen Protektionismus. Mit diesen Überlegungen solle ein neuer Anfang mit Zukunftsperspektive gemacht werden, damit wir neues Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung bekommen. Die wirtschaftlichen Fundamente für unsere Sozialsicherungssysteme sollten erneuert werden. Wenn wir jedoch uns an dem nicht mehr finanzierbaren Bisherigen festklammern würden, werde es zu mehr Arbeitslosigkeit und zu einer Erhöhung der Anspruchsmentalität kommen und am Ende würde die Krise des politischen Systems stehen.

Zu Beginn der Diskussion macht BM Genscher deutlich, daß in den künftigen Auseinandersetzungen drei Bereiche im Mittelpunkt stehen werden: die Friedenspolitik, die Sicherung der Umwelt und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die F.D.P. müsse bei der Auseinandersetzung über diese Bereiche Profil durch Sachpolitik zeigen. Wenn sie dies tue, dann werde sie, wie der Wahlkampf in Hessen zeige, an Boden weiter gewinnen. Sicherlich werde es bis zur Hessenwahl eine Fülle von Spekulationen geben, von denen sich aber Partei und Fraktion nicht irritieren lassen sollten. Bereits die Debatte am Donnerstag über die Lage der Nation werde Gelegenheit geben, die Sachpositionen deutlich zu machen. Dabei solle wie bisher anständig mit dem Partner und der Opposition umgegangen werden. Die Anständigkeit müsse auch für den Umgang untereinander gelten. Daher entbehre auch dies, was heute in den Zeitungen über sein Verhältnis zu dem Generalsekretär stehe, jeglicher Grundlage.

- 6 -

- 6 -

Mischnick teilt mit, daß die vor der Fraktionstür wartenden Journalisten glauben würden, heute würde es zu einer Probeabstimmung über die Koalition kommen. Nachdem er gefragt hat, ob jemand einen solchen Antrag stellen möge und sich niemand meldet, bittet er die Pressestelle darum, dies den Journalisten mitzuteilen.

Zum Charakter des Papiers macht BM Dr. Graf Lambsdorff noch einmal deutlich, daß es sich um die Niederschrift seiner Vorstellungen handele, die er nach einer ersten Diskussion mit dem Bundesvorstand der F.D.P. und der F.D.P.-Bundestagsfraktion dem Bundeskanzler insgesamt unterbreiten und anschließend auch der Fraktion und dem Bundesvorstand zusenden möchte. Demgegenüber rät BM Genscher davon ab, dieses Papier der Fraktion und dem Bundesvorstand zuzustellen, weil es sich um ein regierungsinternes Papier handele. Mischnick macht deutlich, daß dies der beste Weg sei, so lange die Presse nicht über das Papier oder über Teile des Papiers verfüge. Im übrigen begrüße er, daß die Fraktion zur Vorbereitung der Debatte über die Lage der Nation das Gespräch über die wirtschaftliche Lage anhand konzeptioneller Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers aufgenommen habe, zumal es sich hier um mittel- und langfristige Aspekte handele. In der nächsten Woche werde man zur Vorbereitung der Haushaltsdebatte erneut über diese Fragen reden müssen.

Zum Inhalt des Vortrags von BM Dr. Graf Lambsdorff wird aus den Reihen der Fraktion folgendes bemerkt: Funke begrüßt diese Vorstellungen als ein marktwirtschaftliches Glaubensbekenntnis und ist der Ansicht, daß es wesentlich dazu beitragen könne, die Vertrauenskrise zu überwinden.

- 7 -

- 7 -

Auch Dr. Zumpfört hält die vorgetragenen Überlegungen für gut, sie sollten noch in folgenden Punkten vertieft werden: Bedeutung der sinkenden Investitionsquote im Bundeshaushalt, Ausmaß der Zinsenlast und des Schuldendienstes, Qualifizierung der Krankenhauskosten und Verstärkung unternehmerischer Entscheidungen bei Bundesbahn und Bundespost. Demgegenüber wendet sich Hölscher gegen weitere einseitige Einschnitte im Sozialbereich. Auch die Besserverdienenden müßten herangezogen werden. Daher könne er auf den ersten Blick hin bestimmten Vorschlägen nicht zustimmen. PStS von Schoeler macht deutlich, daß die vorgetragenen Punkte manchmal im Widerspruch zu Parteipositionen stünden; dies gelte für einen Verzicht auf Eingriffe in das Wirtschaftsrecht und im Hinblick auf das Antidiskriminierungsgesetz, auch im Hinblick auf den Verzicht auf staatliche Förderung bei Arbeitszeitverkürzungen. Andere Forderungen seien zu wenig konkretisiert, z.B. die Modifizierung der Lohnfortzahlung und der Abbau von Abgabeerhöhungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung. Eine weitere Beschleunigung des Asylverfahrens auch bei den Ländern halte er für ausgeschlossen. Dr. Vohrer macht deutlich, daß er den Vorstellungen in ihrer jetzigen Form nicht zustimmen könne, weil sie einseitig die kleineren Einkommensbezieher treffen würden und andererseits weitere Entlastungen bei hohen Einkommen mit sich bringen würden. Sowohl Möllemann als auch Kleinert begrüßen, daß hier ein integriertes Konzept zur Bewältigung der wirtschaftspolitischen Probleme vorgelegt werde. Damit könnten Impulse psychologischer Art zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen werden. Mit Detaildiskussionen solle dieser Ansatz gegenwärtig nicht verwässert werden. Dr. Haussmann macht deutlich, daß es sich bei den Vorschlägen um einen ideologischen Ansatz handle, der aus der Situation heraus notwendig sei.

- 8 -

- 8 -

Dabei sei der große Vorteil dieses Papiers, daß er einerseits die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an erste Stelle setze und einen Gesamtansatz anstrebe. Er sehe allerdings die CDU nicht in der Lage, ein solches Programm aufzustellen. Inhaltlich sollte die Technologiepolitik und die verstärkten Anforderungen an Bildung und Qualifikation noch deutlicher herausgestellt werden.

Frau Schuchardt hält das von BM Graf Lambsdorff vorgetragene Konzept überhaupt nicht für stimmig. Ihrer Ansicht nach kann auf diese Weise nicht Vertrauen gebildet werden. Die soziale Akzeptanz sei in den Vorstellungen nicht erhalten, vielmehr eine Einseitigkeit, die nicht kompromißfähig sei. Demgegenüber macht Cronenberg deutlich, daß er die Überlegungen für in sich konsequent und stimmig halte. Insbesondere begrüße er, daß im Rahmen der Sozialpolitik auf mehr Selbstverantwortung und Eigenbeteiligung abgestellt werde. Auch werde erstmals deutlich angesprochen, daß zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vor allem die Vertrauenskrise überwunden werden müsse. Dr. Hirsch hält die Analyse für nicht vollständig; so seien die internationalen Gründe weitgehend ausgeklammert. Auch die Probleme, die mit der Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsstätten ins Ausland entstehen würden, seien nicht berücksichtigt worden. Es sei nicht der Punkt aufgegriffen worden, daß Investitionen auch Arbeitsplätze vernichten würden, und es bleibe offen, was mit den freigesetzten Arbeitskräften geschehe. Keine Wirkungen verspreche er sich von den vorgeschlagenen Beschränkungen der Einkommen des öffentlichen Dienstes, bei der Beseitigung bürokratischer Hemmnisse, insoweit sie den Umweltschutz betreffen würden, und bei der Ausländerpolitik. Er stimme mit BM Graf Lambsdorff überein in der Beschneidung der zu groß gewordenen öffentlichen Ausgaben, seien es Subventionen, Steuervergünstigungen oder soziale Leistungen. Allerdings müsse hier das Konzept von BM Graf Lambsdorff klarer werden. BM Baum kritisiert, daß die Rolle der Gewerkschaften und die soziale Gerechtigkeit in den Überlegungen von BM Graf Lambsdorff so gut

- 9 -

- 9 -

wie fehlen würden, obwohl er in vielen Punkten mit den Vorstellungen einverstanden sei. Allerdings würde er die Abschnitte zur Ausländerpolitik, zur Umweltpolitik und zum öffentlichen Dienst anders formulieren. Gattermann macht deutlich, daß BM Graf Lambsdorff den Versuch unternehme, ein geschlossenes Konzept vorzulegen, das liberale Antworten zu den dringendsten Problemen geben wolle.

Frau Dr. Adam-Schwaetzer begrüßt den Vortrag von BM Graf Lambsdorff, weil erstmalig der Versuch gemacht wird, statt Schlagworte zu einem Konzept zu kommen. Deswegen sollten die Vorstellungen von BM Graf Lambsdorff aus der Unverbindlichkeit herausgeholt werden. Auch Popp hält es für begrüßenswert, daß erstmalig eine integrierte Sachaussage versucht werde; sie solle jedoch nicht zur Koalitionsaussage benutzt werden. Zywietz vermißt, daß zu wenig über Kreativität zu hören gewesen wäre. Auch sollte die F.D.P. nicht zu sehr im Büßergewand herumgehen, zumal auch die Wirtschaft selbst viele Fehler gemacht hat. Die Überlegungen von BM Graf Lambsdorff sollten intensiv in den Arbeitskreisen diskutiert werden, um die Rolle des Parlamentes in dieser Auseinandersetzung zu stärken.

Prof. Laermann appelliert an die Fraktionsmitglieder, Ruhe und Überblick zurückzugewinnen für die Sachpolitik. Der Vortrag von BM Graf Lambsdorff bilde hier die erste Grundlage. Demgegenüber äußert Merker den Verdacht, daß mit dem Papier, das BM Graf Lambsdorff erstellen werde, eine neue Konfliktrunde mit dem Koalitionspartner gesucht werden solle. Auch Frau von Braun-Stützer schließt sich dieser Wertung an. Sachlich würde sie Hinweise auf die Bevölkerungsstruktur und auf ihre Veränderungen sowie kritische Bemerkungen dazu vermissen, wie schwerfällig unser politisches System auf die Bewältigung von Problemen reagieren würde. Auch die Probleme, die neue Technologien auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen würden, seien nicht angesprochen worden. Die Investitionsförderung müsse mit einer Beschäftigungsaufgabe verbunden werden. Die Pro-Kopf-Kosten im öffentlichen Dienst müßten gesenkt werden, damit mehr

- 10 -

- 10 -

Personen hier angestellt werden könnten. Mischnick erinnert daran, daß es darum gehe, die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Stabilität in unserem Lande zu sichern. Sie könne nur erreicht werden, wenn wir hart und kontinuierlich arbeiten, wenn wir weiter den Mut zu notwendigen, auch unpopulären Konsolidierungsmaßnahmen haben und wenn wir dies in enger Tuchfühlung mit den Bürgern und in kollegialer Fairness und Disziplin tun. Er appelliert an die Fraktion, sich nicht durcheinanderbringen, sich nicht auseinanderdividieren und nicht zum Spielball von Spekulationen machen zu lassen. Sachkunde und Leistung seien gefragt. Auf dieser Basis solle und werde die F.D.P.-Fraktion ihre Pflicht tun, in der Regierung, in der Koalition und im Parlament. Dr. Riemer bemängelt, daß in den Vorstellungen von BM Graf Lambsdorff ein Aktionsbereich fehle: der soziale Konsens als Produktionsfaktor. Er werde daher einem eventuellen Papier nur zustimmen können, wenn dieses Aktionsfeld aufgenommen werde. Im Übrigen weise er darauf hin, daß hinsichtlich der Finanzierung konjunktureller Mindereinnahmen ein Widerspruch zwischen BM Graf Lambsdorff und der Fraktion bestehe. Hierüber müsse zu gegebener Zeit entschieden werden, auch im Hinblick auf den Koalitionspartner. Schmidt-Kempton warnt davor, die Diskussion über Leistungen der Sozialversicherungsträger an die Bundesanstalt für Arbeit noch einmal aufzunehmen. Im Übrigen müsse die Arbeitsmarktpolitik auch unter den unterschiedlichen Arbeitsplatzrisiken für den öffentlichen Dienst und für die übrigen Arbeitnehmer einmal diskutiert werden. Ronneburger macht deutlich, daß es sich bislang um Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers handele, die er bei aller Zustimmung zu den wirtschaftspolitischen Grundlinien erst dann mittragen könne, wenn er die Vorstellungen eingehend geprüft habe. Abschließend weist PStS Grüner noch einmal auf die Vorgeschichte zu diesem Vortrag von BM Graf Lambsdorff hin; vor allem sei es darum gegangen, die Fraktion rechtzeitig zu informieren, damit

- 11 -

- 11 -

sie nicht von dritter Seite unterrichtet werde. Selbstverständlich handele es sich bei den einzelnen Maßnahmen nicht um eine Vorwegnahme der Diskussion in der Fraktion.

fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmüling
Tel: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 151
13. September 1982

F.D.P.-PRÄSIDIUM TAGTE HEUTE IN BONN

F.D.P.-Sprecher HERBERT SCHMÜLLING teilt mit:

Das F.D.P.-Präsidium tagte heute unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden HANS-DIETRICH GENSCHER in Bonn.

Das Präsidium erörterte das Wachstums- und Sparkonzept von Bundeswirtschaftsminister OTTO GRAF LAMBSDORFF in der jetzt vorliegenden Form. Die Beratungen darüber werden in den Gremien der F.D.P. unverzüglich aufgenommen werden.

Das F.D.P.-Präsidium dazu:

"Das Konzept von Bundeswirtschaftsminister OTTO GRAF LAMBSDORFF - dessen Diskussion sich niemand verweigern sollte - ist eine Vorwärtsstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die auf private und öffentliche Investitionen setzt. LAMBSDORFF ruft auf zum Kampf gegen die größte Bedrohung des sozialen Rechtsstaates und des sozialen Friedens - die Arbeitslosigkeit.

Das Konzept hat Anspruch auf eine sachliche und verantwortungsbewußte Diskussion in der F.D.P., in der Öffentlichkeit und im Parlament. Alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen sind zur Teilnahme an dieser Diskussion aufgerufen. Die F.D.P. wird Verbesserungs- und Alternativvorschläge vorbehaltlos diskutieren. Bedeutsam wird dabei sein, daß der Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit gewahrt wird, ohne dabei Investitionsfähigkeit und -willen zu beeinträchtigen. Der Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit muß auch gelten für die Struktur von Eingriffen in die Arbeitslosenversicherung, bei der u.a. die Dauer der Beitragszahlung Beachtung finden sollte.

fdk 151/32

- 2 -

Wer nur rein sagt, verweigert sich der großen ökonomischen Herausforderung der 80er Jahre, nämlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die vor uns liegenden Aufgaben werden nur gemeistert werden können, wenn alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen - wie die F.D.P. es tut - sich aufrichtig zu ihrer Verantwortung in der Vergangenheit bekennen und ebenso aufrichtig die Bürger über die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen informieren. 2 Millionen Arbeitslose lassen allerdings keinen Raum für kurzatmige, taktische Erwägungen und vordergründige Polemik.

Niemand wird an der Beantwortung der Fragen vorbeikommen:

1. Ob er für oder gegen die LAMBSDORFF-Vorschläge für mehr private und öffentliche Investitionen ist?
2. Ob er für oder gegen eine höhere Staatsverschulung ist als LAMBSDORFF es vorschlägt?
3. Ob er für oder gegen eine höhere Steuer- und Abgabenlast ist als LAMBSDORFF es vorschlägt?
4. Welche alternativen Sparvorschläge er hat?"

Eine offene und sachbezogene Diskussion sei das Gebot der Stunde, betonte das F.D.P.-Fräsidium. Zur Ablehnung der Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast durch die F.D.P. erinnerte es an die Beschlüsse des Bundeshauptausschusses vom 24. Oktober 1981 sowie des Bundesvorstandes vom 26. April 1982 und vom 4. September 1982.

fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Beunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 154
15. September 1982

GENSCHER-INTERVIEW

Der F.D.P.-Bundesvorsitzende, Bundesaußenminister HANS-DIETRICH GENSCHER, gab dem Zweiten Deutschen Fernsehen für die Sendung "Bilanz" das folgende Interview (15.9.1982, 20.15 Uhr). Die Fragen stellte W. Schröder:

Frage: Der Kanzler hat Graf Lambsdorff heute im Kabinett gefragt, ob dessen Konzept als Scheidungsbrief zu verstehen sei. Wie war seine Antwort?

Antwort: Der Bundeskanzler hatte den Wirtschaftsminister - das ist in einer Zeit, wie wir sie wirtschaftlich jetzt haben, ganz normal - darum gebeten, seine Vorstellungen darzulegen. Das hat der Wirtschaftsminister getan. Sein Konzept, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten er sieht und seine Erklärung, dass es jetzt darum geht, über diese Vorstellungen zu diskutieren, das war sein Ziel, das Sachziel, einen Beitrag zu leisten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Aber das hatte nicht, was man ihm unterstellt hat, irgendwelche koalitionspolitischen Hintergründe. Ich finde überhaupt, dass man alle diese taktischen Sachen zur Seite legen sollte. Unser Volk hat Anspruch darauf, dass regiert wird. Dazu sind wir entschlossen. Das hat sich heute in der sachlichen Atmosphäre des Kabinetts gezeigt. Und ich will hoffen, dass jetzt die Diskussion über das Lambsdorff-Papier versachlicht wird. Und da sind alle eingeladen, Verbesserungs-, Änderungsvorschläge zu machen.

Frage: Nun hat der Kanzler ja die Minister ersucht, noch in dieser Woche öffentlich bekanntzugeben, dass er damit - mit seinem Papier also - nicht die Grundlage der Regierungspolitik verlassen volle. Wird Herr Lambsdorff diese Erklärung abgeben?

Antwort: Der Bundeswirtschaftsminister hat die Auffassung vertreten - das ist auch meine Auffassung - dass er sich mit seinen Vorstellungen im Rahmen der gemeinsamen Regierungspolitik hält. Und da ist es ganz selbstverständlich, wenn neue Entwicklungen eintreten, dass man auch darüber nachdenken muss, wie diese Vorstellungen fortentwickelt werden können. Was davon dann eingeht in die Regierungspolitik, das ist eine andere Frage. Darüber muss man sich verständigen. Es ist selbstverständlich, solange etwas nicht Regierungspolitik geworden ist, kann man nur das vertreten, was vereinbart ist. Ich glaube, dass das Gespräch, das der Bundeskanzler und der Wirtschaftsminister führen werden am Ende dieser Woche, schon der Fortentwicklung der Sachdiskussionen dient.

fdk 154/82

- 2 -

Frage: Sind Sie sicher, dass nach diesem Gespräch die Koalition weiter besteht?

Antwort: Der Bundeskanzler und der Wirtschaftsminister sind Männer, die darum bemüht sind, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, und die sachorientiert sind. Ich glaube, dass diese Zielsetzung der beiden Herren das erwarten lässt, worauf alle hoffen, nämlich dass eine Strategie entwickelt wird - und das wird sich dann ja zeigen bei der Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Sondergutachten - die den Weg weist, wie wir die gegenwärtigen Probleme und auch die mittel-
fristigen Probleme überwinden können. Ich habe aus der öffentlichen Reaktion auf die Vorschläge des Kollegen Graf Lambsdorff eins gespürt: Die Menschen, die mit dem Problem ganz unmittelbar befasst sind, haben sich dazu in einer Weise geäußert, die ich manchem Kritiker Lambsdorffs einmal nahebringen möchte. Da haben sich Handwerker gemeldet, Leute aus den freien Berufen, die das Gefühl hatten, hier ist einer, der unsere Probleme kennt. Da haben sich junge Menschen geäußert, die ganz deutlich gesagt haben, es ist richtig, dass man nicht die Lasten dieser Zeit auf die Schultern künftiger Generationen abwälzen will. Da haben sich viele Arbeitnehmer geäußert, die die Bedeutung des Sozialnetzes kennen, und die wissen, dass die grösste Herausforderung für den sozialen Frieden die Arbeitslosigkeit ist, und die auch wissen, dass es durchaus noch Missbrauchsmöglichkeiten gibt, die man abbauen muss. Also bitte, um was es jetzt gehen muss, ist eine sachliche Diskussion, eine gemeinsame Anstrengung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, dass wir in diesem Land den Weg freimachen für eine Politik, die die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen kann. Da gibt es wichtige Entscheidungen, die wir innerhalb des letzten Jahres schon getroffen haben, die schon eine Reihe von wichtigen Schritten nach vorn bedeuten. Und ein solcher Kurs muss ganz zielbewusst fortgesetzt werden.

Frage: Dennoch, Herr Genscher, muss ich die Nachfrage stellen: Das Konzept Ihres Parteifreundes Graf Lambsdorff ist ja marktwirtschaftlich ausgesprochen hart. Besteht nicht dadurch die Gefahr, dass es weder mit Teilen der SPD noch mit Teilen der Union durchzusetzen ist, und dass, entgegen dem, was Sie eben gesagt haben, vielleicht doch eine Menge Wähler, Interessengruppen, erschreckt worden sind?

Antwort: Ich glaube, dass es durchaus auch Wähler gibt, die die kritischen Töne, die laut geworden sind, unterstützen. Aber ich habe eben von denen gesprochen, die ganz hautnah mit den Problemen befasst sind.

Ich muss Ihnen ganz offen sagen, ich habe überhaupt kein Verständnis für taktische Betrachtungen des Papiers. Ich sage noch einmal, die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass jetzt sachlich dazu Stellung genommen wird. Man kann der Wahrheit nicht davonlaufen.

Frage: Wer ein so tiefgreifendes, veränderndes Finanz- und Wirtschaftsprogramm vorlegt, wie es Graf Lambsdorff ohne Zweifel getan hat, muss der da nicht auch mindestens bis 84 im Kabinett bleiben, gleichgültig, in welchem?

Antwort: Ich glaube, dass schon Ihre Fragestellung uns wieder in taktische Erwägungen hineinbringen könnte. Lambsdorff ist ein Mann, der seine Pflicht erfüllt an der Stelle, an der er steht, um als Wirtschaftsminister seinen Beitrag zu leisten, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, die ich für die grösste Herausforderung für unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung halte.

Frage: Ich muss dennochnmal eine Nachfrage stellen, nämlich: Sind Sie sicher, dass Graf Lambsdorff, der ein so hartes und deutliches Papier auf den Tisch gelegt hat, marktwirtschaftlicher Art, dass er nicht damit eigentlich ein Papier gezeigt hat, das ihn doch nach einiger Zeit zu seiner Versicherung, von der er in die Politik gekommen ist, zurückkehren lässt?

Antwort: Das war ganz eindeutig nicht sein Ziel. Er ist auch kein Rechthaber. Er ist ein sachorientierter Mann. Ich sage noch einmal, er wartet auf Verbesserungs-, Änderungsvorschläge. Er ist immer ein Mann der Diskussion gewesen, er ist aber auch ein Mann grosser Verantwortung. Und der hat er sich, glaube ich, mit diesem für ihn doch gar nicht leichten Vorschlägen gestellt. Er wusste doch, dass er natürlich auf massive Kritik auch in der Öffentlichkeit stossen würde. Wenn er es trotzdem tut, zeigt man, wie ernst er seine Aufgabe als Bundeswirtschaftsminister nimmt.

Frage: Noch eine kurze Frage! Mit anderen Worten, wenn ich das zusammenfasse, das Papier war einmal zur Sache gemeint, aber natürlich auch für die bevorstehenden Wahlen, um die Mittelstandswähler für Sie zu aktivieren. Ist das richtig?

Antwort: Das Papier war nur zur Sache gemeint, aber ich glaube, dass viele Bürger in unserem Land, die jetzt schon sich positiv geäussert haben, wissen, dass es sich lohnt, diesen Mann und seine politischen Vorstellungen zu unterstützen.

Die Herausgeber

Dr. Gérard Bökenkamp ist Referent für Grundsatzfragen beim Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam

Dr. Detmar Doering ist Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam

Dr. Jürgen Frölich ist Referent für Liberalismusforschung beim Archiv des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach

Prof. Dr. Ewald Grothe ist Leiter des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach